

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Zersprecher Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgelapfene Zeitspaltel oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 267.

Montag, den 13. November 1916.

23. Jahrg.

Die letzte Reichstagstagung.*

Der Reichstag war vom 28. September bis zum 4. November in Tätigkeit. Dieser Tagungsabschnitt fiel in eine Zeit, in der der Reichstag im Frieden nicht zu arbeiten pflegt. In der Regel beginnt die Reichstagssession erst in der zweiten Novemberhälfte und dauert, unterbrochen durch Weihnachts- und Osterferien, bis Mai oder Juni. Die Verhältnisse der Kriegszeit ließen es aber nicht zu, das Reichsparlament von Anfang Juli, dem Zeitpunkt des Schlusses der letzten Frühjahrsstagung, bis Ende November auszuschalten. Der Inhalt der Reichstagshandlungen der letzten Wochen hat gezeigt, wie dringend notwendig die frühere Einberufung des Reichstags war.

Nun ist der Reichstag wieder vertagt, und zwar gleich bis Mitte Februar. Die reichstagslose Pause von mehr als einem Vierteljahr wird in weiten Kreisen des Volkes nicht begrüßt werden. Zugute gehen, daß die Reichsbeamten in der Kriegszeit in hohem Grade in Anspruch genommen und ohne Vernachlässigung wichtiger Geschäfte nicht in der Lage sind, ununterbrochen während des ganzen Jahres dem Reichstag zur Verfügung zu stehen. Aber die Rücksichtnahme auf die Reichsbeamten darf nicht so weit gehen, daß sich der Reichstag selbst auf lange Monate zur Untätigkeit verurteilt. Fortgesetzt tauchen neue wichtige Fragen der inneren und äußeren Politik auf, bei denen die Volksvertretung mitzureden und mitzubeschließen hat. Der Reichstag ist heute die einzige Stelle, von der aus ein freies offenes Wort gesprochen werden kann. Er darf sich die Gelegenheit dazu nicht selbst verschließen. Aus diesen Gründen hat die sozialdemokratische Fraktion der Vertagung bis Mitte Februar nicht zugestimmt. Auch die Nationalliberalen widersprachen anfangs einer so langen Vertagung, stimmten aber schließlich mit allen übrigen Parteien dem Vertagungsgesetz doch zu.

Die ganze Tagungsweise des Reichstags in der Kriegszeit ist ungewöhnlich. Der Reichstag sollte nicht jeweils auf kürzere Zeiträume einberufen und dann wieder auf Monate vertagt werden, sondern zu einer fortdauernden Kriegstagung einberufen werden, aber nur nach Bedarf Sitzungen abhalten. Wenn er im Monat jeweils eine Woche in Tätigkeit wäre, so würde er alle wichtigen Aufgaben bewältigen können. Er würde so dauernd die notwendige Kontrolle über die Reichsbeamten ausüben und jeden Augenblick eingreifen können. Für die Reichsbeamten würde das freilich kein sehr bequemer Zustand sein, aber unerträglich wäre er für sie nicht. Und schließlich hat das allgemeine Volksinteresse der Bequemlichkeit der Reichsbeamten vorzugehen.

Eine gewisse Milderung erfährt die Ausschaltung des Reichstags durch das Zugeständnis der Regierung, den Hauptausschuß des Reichstags während der Vertagung zur Beratung wichtiger Fragen der auswärtigen Politik zusammenzutreten lassen und den Reichstag früher einberufen zu wollen, wenn der Hauptausschuß es fordert. Das ist ein Fortschritt, der in der Richtung zum parlamentarischen Regierungssystem liegt. Nur muß darauf geachtet werden, daß der Hauptausschuß nicht ganz an die Stelle des Reichstags tritt.

Während des Krieges ist es allerdings unvermeidlich, daß die Ausschüßverhandlungen, verglichen mit den Verhandlungen der Volkversammlung, das Übergewicht haben. Manche wichtigen Dinge eignen sich nicht dazu, jetzt vor den Augen und Ohren der ganzen Welt ausgebreitet und erörtert zu werden. Wir würden gerne noch einige von den Debatten wissen, die öffentlich gepflogen wurden. Aber sie waren nur vermeidbar, wenn die Regierung die abschließenden Mißgriffe verhindern wollte, die bei der Handhabung des Belagerungsstatus an dem vorgekommen sind. So, wie die Zustände durch das Verschulden der Regierung sich gestaltet hatten, konnte nicht mehr geschwiegen, es mußte Kraftes geredet werden. Leider ist trotz der Entrüstung, die sich des ganzen Reichstags bemächtigte, nicht das Ergebnis erzielt worden, das zur völligen Gesundung führen würde: die Aufhebung des Belagerungszustandes mit samt der Schutzhäft und der Zensur. Der von der Sozialdemokratie wiederholt gestellte Antrag dieses Inhalts ist im Ausschüß unerledigt geblieben. Sein Scheitern bei der Abstimmung wäre nicht zweifelhaft gewesen, da sich sämtliche bürgerlichen Parteien gegen ihn erklärt hatten. Immerhin ist einiges erreicht worden. Herr Helfferich hat sich zu der Zusage, daß die Zensur einen weiteren Abbau erfahren soll, bequemen müssen; er hat weiter erklärt, daß eine vom Reichsamt des Innern und vom Oberkommando eingesezte Kommission mit der Ausarbeitung einer Instruktion über die Schutzhäft beauftragt sei. Darüber hinaus aber hat der Reichstag aus eigener Initiative einstimmig einen Gesetzentwurf beschlossen, der eine Reihe von Sicherheiten gegen die Rechtslosigkeit in Schutzhäft genomener Personen schafft. Dem Verhafteten ist der Grund der Verhaftung mitzuteilen, das Beschwerderecht steht ihm zu, er muß auf sein Verlangen vernommen werden, er hat ein Recht auf einen Verteidiger, er hat Anspruch auf Schadenersatz, wenn die Verhaftung ohne Begründung erfolgt. Das alles sind bare Selbstverständlichkeiten, aber sie mußten doch erst

gesetzlich verankert werden. Man darf erwarten, daß der Bundesrat dieses Gesetz rasch genehmigen und in Kraft setzen wird und daß dann wahr wird, was Ministerialdirektor Dr. Lewald erklärte: Fälle, wie die zum allgemeinen Bedauern hier mitgeteilten, werden nicht wieder vorkommen sein, wenn der Reichstag wieder zusammentritt.

Zeigt schon dieses Kapitel, wie schwer es ist, den herrschenden Machtfaktoren fortschrittliche Reformen abzurufen, so ergab sich bei den Militärdebatten noch deutlicher, wie zäh der Gamalengeist von den Vertretern des alten Regimes verteidigt wird. Die Judenanzahlungen, der Ausschluß der Konfessionslosen von der Beförderung zum Offizier sind Beispiele des engen mittelalterlichen Kastengeistes, zu dessen Austreibung noch die heftigsten Kämpfe notwendig sind. Man täusche sich nicht darüber, daß mit dem Kanzlerwort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ nichts weiter als ein Ideal verkündet wurde, das der Kanzler zu verwirklichen die Macht nicht hat. Das Volk selbst muß sich die Verwirklichung erringen.

Da gerade die Militärdebatten berührt wurden, soll auch der Behandlung und Verpflegung der Mannschaften gedacht werden. Die Behandlung scheint sich im allgemeinen gebessert zu haben, was nicht ausschließt, daß da und dort immer noch laklose und selbst rohe Vorgesetzte mittleren und niederen Grades mit den Mannschaften in Formen umgehen, die starke Erbitterung erzeugen müssen. Erreulich ist, daß Feldmarschall Hindenburg den Vorgesetzten der gesamten Armee gute Behandlung der Mannschaften als heilige Pflicht auferlegt hat. Auch die Verpflegung hängt weitgehend von den Vorgesetzten ab. Wird eine strenge Aufsicht geführt, so verkümmern die Klagen, läßt der zuständige Offizier die Zügel schleifen, so mehren sich die Mißstände. Bedauerlicherweise ist die von der Sozialdemokratie beantragte allgemeine Erhöhung der Mannschaf ts löh n u n g, für die gewichtige Gründe sprechen, von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Mit einer durchgreifenden Reform der Kriegsbesoldungsordnung, als sie vorgenommen wurde, hätten sich die dazu nötigen Mittel zum guten Teil beschaffen lassen.

Breiten Raum haben natürlich wieder die Ernährungsfragen eingenommen. Die Zustände auf diesem Gebiet haben eine berechtigte kritische Stimmung in der Bevölkerung hervorgerufen. Wenn in den letzten Wochen oft verächtelt wurde, das schlimmste sei überstanden, die neue Ernte gestatte eine Milderung der notwendigen Einschränkungen, so haben die breiten Massen der geringbemittelten Volksschichten davon bisher nichts zu spüren bekommen. Die Staatsmacht versagt. Sie trägt zu sehr den Einflüssen der Produzenten Rechnung. Das Verbot der Verfütterung von Brotgetreide und Speisekartoffeln steht nur auf dem Papier. Die Viehpreise sind zu hoch und der Viehstand übersteigt die verfügbaren Futtermengen. Die hieraus sich ergebenden Forderungen sind im Reichstag nachdrücklich erhoben, es sind auch zahlreiche auf Besserung abzielende Beschlüsse gefaßt worden. Ob aber alsbald die nötigen Taten folgen werden, steht dahin. Die maßgebenden Stellen mögen sich darüber klar sein, daß es auch für die Entbehrungen der besitzlosen Schichten eine Grenze gibt.

Im Zusammenhang mit den Ernährungsfragen steht die Unterstützung der Kriegerfamilien. Die ungeheure Leuerung wird an härtesten von den armen Kriegerfamilien empfunden. Die bisherigen Unterstützungssätze reichen nicht mehr aus. Die Sozialdemokratie wollte diese Sätze auf 20 Mark für die Frau, auf 10 Mark für das Kind gesetzlich erhöht und die Gemeinden gesetzlich verpflichtet wissen, mindestens 50 Prozent Zuschlag zu gewähren. Die bürgerlichen Parteien nahmen Anstoß an der ge-

setzlichen Verpflichtung und beschränkten sich auf eine Resolution, die zwar die Sätze von 20 Mark und 10 Mark enthält, den Gemeinden aber nur bei „Bedürftigkeit“ die Nachhilfe zur Pflicht macht. Die bürgerlichen Parteien trugen der Erfahrungstatsache nicht Rechnung, daß viele Gemeinden den Begriff „Bedürftigkeit“ zu eng auslegen und sich ihren sozialen Kriegspflichten entziehen. Die Mahnungen, die auch von bürgerlicher Seite an die Gemeinden gerichtet wurden, werden künftig kaum viel mehr fruchten als bisher. Auf die vom Reichstag beschlossenen Sätze der Reichsunterstützung hat sich die Regierung nicht eingelassen, sie hat aber eine wesentliche Erhöhung in Aussicht gestellt. Nach den Berechnungen im engeren Kreis darf man hoffen, daß die Sätze von 20 und 10 Mark vom 1. Januar an durchgeführt werden und daß für den Monat Dezember eine doppelte Unterstützung gewährt wird. Auch die Beamten (diese bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze), Unterbeamten und Arbeiter des Reichs sollen anläßlich des Weihnachtsestes eine außerordentliche Zuwendung bis zur Höhe eines Monatsgehalts bekommen. Dieser Beschluß wird naturgemäß auch von den Bundesstaaten für ihr Beamten- und Arbeiterpersonal anerkannt werden müssen.

Der sehnlichste Wunsch des deutschen Volkes, die Erreichung des Friedens, hat angesichts der Haltung des Auslands nicht wesentlich gefördert werden können. Die große Reichstagsdebatte über die auswärtige Politik, der man mit so vieler Spannung entgegen sah, ist ziemlich ertraglos geblieben. Immerhin wird das Wort Scheidemanns stehen bleiben, das den Kriegstreibern in den Weststaaten den Vorwand deutscher Eroberungslust nimmt. Die Unterjoch-Fronde ist nach der gründlichen Erörterung aller einschlägigen technischen und politischen Fragen im Haushaltsauschuß stiller geworden; endgültig verzichtet hat sie nicht, zumal starke Unterströmungen die Forderung des schrankenlosen Unterjochkrieges sowie nur als Sturmbock gegen den unbehaglichen Reichskanzler zu verwenden dachten und nicht aufhören werden, nach neuen Mitteln Ausschau zu halten, mit denen seine Stellung erschüttert werden könnte.

Die Bereitstellung eines neuen Kredits von 12 Milliarden ist gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erfolgt. Die Abstimmung über diese Vorlage hat unter den gegebenen Verhältnissen nur die Bedeutung einer verfassungsrechtlichen Formalität. Der Friedensschluß hängt von anderen Umständen ab, als etwa von der verneinenden Stimmabgabe der Sozialdemokraten. Mit einer verneinenden Abstimmung wird weder der Krieg beendet, noch der Einfluß der Sozialdemokratie gestärkt, noch auch werden die Lebensbedingungen der breiten Massen gebessert. In der festen Entschlossenheit, die Beendigung des Krieges durchzusetzen, sobald die Lebensinteressen des eigenen Landes es ermöglichen, hat es die Sozialdemokratie auch diesmal ebensowenig fehlen lassen, wie an dem unbeweglichen Willen, aufzuräumen mit dem alten Schutt der Privilegien, Kasten- und Sonderinteressenwirtschaft im innern Deutschland. Kein sozialdemokratischer Abgeordneter täuscht sich über die Schwierigkeiten, die der Erfüllung dieser Aufgaben im Wege stehen. Diese Schwierigkeiten werden nicht geringer, sondern größer dadurch, daß die Regierung ein kostbares Gut ungenützt läßt. Sie macht keinen Gebrauch von der Möglichkeit, eine neue Basis zu schaffen für die künftigen innerpolitischen Kämpfe. Maßgebende Kreise steuern bewußt und absichtlich wieder in den alten Zustand der Erbitterung der Parteikämpfe zurück. Sie werden aber erfahren müssen, daß sie auch auf diesem Wege um eine Neuordnung unserer innerstaatlichen Zustände nicht herumkommen. Wir vertrauen dem Freiheitsdrang des Volkes, daß er durchsehen wird, was die Freiheitsfeinde beharrlich verweigern.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Tätigkeit war gestern und am Sonnabend auf fast allen Fronten eine ziemlich lebhaft. In den Waldkarpaten, in Siebenbürgen und Rumänien verliefen die Kämpfe für uns und unsere Verbündeten günstig. Bemerkenswert ist aus denselben, daß westlich des Predeal-Passes sechs hinter einander liegende rumänische Stellungen erklärt und unsere Vortruppen weiter vorgeschoben wurden. Wie tapfer sich die Rumänen verteidigen, geht daraus hervor, daß sie an der siebenbürgischen Ostfront nicht weniger als achtmal hintereinander vorzustoßen versuchten, ohne indes Erfolg zu erzielen.

In einer Polemik mit französischen Kritikern beharrt der schweizerische Oberst Egli auf seinem bisher eingenommenen Standpunkt, daß durch die Einnahme von Douaumont die gesamte Lage auf dem westlichen Kriegsschauplatz keine Veränderung erfahren habe, das sei durch das rasche Aufhören der französischen Offensive bei Verdun wohl zur Genüge bewiesen. Auch heute kann ich dafür mit bestem Willen keinen anderen Zweck finden als den, einen Augenblickserfolg zu erzielen. Das kann doch wohl im

Erste niemand glauben, daß die Franzosen noch Kräfte genug haben, um außer der Schlacht an der Somme auch eine große Offensive bei Verdun durchzuführen, zumal sie ja den Engländern an der Somme einen Teil ihrer Kampffront abnehmen mußten und zwar gerade in dem Abschnitt, in dem der Angriff sicher auf große Schwierigkeiten stößt, bei Transloy.

Die Reichskanzler-Rede, deren Wiedergabe bezeichnender Weise in Italien bis auf einige unbedeutende Bruchteile verboten ist, befriedigt die englische Presse natürlich nicht; sie meint, daß erst dann Friedensbedingungen zu erörtern sind, wenn die Mittelten den Sieg errungen haben. Die Schreiber jener Zeilen sitzen weitab vom Schuß und können deshalb leicht alle Bestrebungen bekämpfen, die auf die Herbeiführung eines baldigen Friedens hinführen. Man möge doch einmal auf allen Fronten die Soldaten befragen, wie sie sich zum Frieden stellen. Die Antwort würde für manche Herrschaften eine verblüffende sein.

Aus den vielen englischen Pressekritiken sei heute nur eine wiedergegeben. „Westminster Gazette“ schreibt: Die

* Infolge Stoffandranges mußte dieser Artikel einige Tage zurückgestellt werden.

Deutschen fasten nicht länger über die Größe und Glorie des Abenteurers, in das sie 1914 ihr Land gestürzt haben. Dafür leugnen sie jetzt einmütig, daß sie den Krieg wünschten und die Verantwortung dafür tragen wollen. Bethmann-Hollweg möchte uns glauben machen, daß die Staatsmänner, die für den Krieg verantwortlich sind, nicht Oesterreicher und Deutsche sind, die ihr gewissenloses Ultimatum Serbien entgegenschleuderten und dabei wie sie selbst zugeben mußten, Rußland gegen sich in Garnisch brachten. Wir wissen sehr gut, daß wir den Frieden hätten erkaufen können, wenn wir Oesterreich Serbien gegenüber hätten gewähren lassen oder indem wir Frankreich und Belgien Deutschland hätten um Gnade bitten lassen. Das hätte nach unserer Ansicht einen kurzen, heillosen und chloren Frieden gegeben. Zweifellos wäre jener Friede zu erkaufen gewesen, wenn wir nur den Preis hätten zahlen wollen.

Besondere Beachtung verdient unter den Stimmen der neutralen Presse, die im allgemeinen die Reichstanzler-Rede sehr günstig aufnimmt, die des dänischen Mattes „Politiken“. Unter der Ueberschrift: „Bethmann-Hollwegs Friedensrede“ schreibt das Blatt u. a.: „Der Punkt der Rede, der zuerst ganz unmittelbar die Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist die Erklärung, daß der Reichstanzler niemals eine Annexion Belgiens als Deutschlands Absicht bezeichnet hat und ferner seine allgemeine Bemerkung, daß die Machtpolitik keine Grundlage für einen wirksamen internationalen Friedensbund abgeben könne. Selbst wenn der Reichstanzler hierfür heftig angegriffen werden sollte, so bleibt die Tatsache doch bestehen, daß er Worte, Sprache und Wege zeigte, die weit über die Erörterung der Kriegsziele hinausreichen.“ Der Artikel schließt: „Lord Grey und Bethmann-Hollweg polemisierten miteinander, wer schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges ist. Sie begegnen sich aber in dem Wunsch nach dem baldigen Abschluß eines Friedens, der den Grundjah des Rechtes anerkennt und Sicherheit gegen zukünftige Kriege bietet. Die Uebereinstimmung ist der Schwerpunkt in der Kriegseinstimmung.“ Von allen Reden, die während des Krieges von leitenden Staatsmännern gehalten wurden, ist Bethmann-Hollwegs letzte Rede die bemerkenswerteste, gerade weil sie von deutscher Seite kommt. Sie ist diejenige, die am weitesten in die Zukunft hineinschaut, indem sie Hoffnungen auf eine neue Ordnung der Gesellschaft erweckt, bei der die Grundzüge des Friedens triumphierten.“

Auf dem Bankett in London hielt auch Marshall French eine Rede, in der er u. a. sagte: „Die britische Nation, die die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat, hält kein Opfer für zu schwer, um den Krieg zu gewinnen. An der Hauptfront wird der Konflikt seinen Höhepunkt im Frühjahr erreichen. Die Lage der Alliierten hat große Umgestaltungen erfahren, die zu Vertrauen berechtigen. Wir dürfen nicht an das Ende des Krieges denken, sondern bloß daran, den Feind zu schlagen und zu vertreiben. In den Kämpfen um den Sieg wird der Geist der britischen Armee und der Armeen ihrer tapferen Verbündeten nicht eher nachlassen, als bis ein vollständiger Sieg errungen ist.“

Die wenig hoffnungsvollen Ausführungen kann man die Friedensbewegung entgegensehen, die in England von Ramsay MacDonald, Morall und dem Labour Leader“ geführt wird und die bereits einen derartigen Umfang angenommen hat, daß jetzt die Regierung und der Vöbel dagegen Sturm laufen. Letzteres treibt die Friedensverhandlungen, wie sie wieder am Sonnabend, auseinander, während die Regierung jetzt derartige Versammlungen unmöglich machen will. Sie hat verboten, daß alle Versammlungen unter freiem Himmel, die seit altersher besonders Sonntags zu Tausenden in den öffentlichen Parks von Rednern veranstaltet werden, nur mit Genehmigung der Militärbehörden stattfinden dürfen. Ebenso ist angeordnet, daß Personen, die Demonstranten, worin ein Friedensschluß befürwortet wird, drücken, verzeihen oder verächtlich, mit Polizeistrafen belegt werden.

Die Regierung will aber ansetzend noch härtere Saiten anziehen. Aus Amsterdam wird der „Berl. Morgenpost“ berichtet: „A. Broekman, der Herausgeber des sozialistischen „Labour Leader“, und Walter Uglies, der Abgeordnete der Arbeiterpartei für Cap Brecht, sind am Sonnabend nachmittag in Glasgow verhaftet worden, als sie unterwegs waren, um in einer Versammlung der britischen Abteilung des Anti-Wehrpflicht-Bundes eine Rede zu halten. Als Grund der Verhaftung wurde angegeben, daß die beiden Männer, die im wehrpflichtigen Alter stehen, einer militärischen Wehrung ferngeblieben seien. Beide hätten ohne vorläufige Gerichtsverhandlung in Haft.“

Was sind das doch für Toren, die glauben, durch solche Maßnahmen den Friedenswillen im Volke erlösen zu können. Dieser Wille lebt, er wird weiter wachsen und schließlich einen derartig gewaltigen Umfang annehmen, daß er wie ein Sturmwind alle jene Verbrecher an der Menschheit hinwegwegen wird, die sich ihm entgegenstellen.

In Rußland arbeitet die Reaktion wieder mit Hochdruck zahlreiche Verhaftungen von Sozialdemokraten sind an der Tagesordnung. In Petersburg wurden etwa 40 Hausarrestungen von der Datscha vorgenommen, die das übliche Bekleidungsmaterial zu Tage gefördert haben sollen. Auf den Inseln will man eine große Geheimdruckerei entdeckt haben. Mehrere Hausarrestungen fanden auch in Moskau statt. Bisher wurden in beiden Residenzen etwa 60 Personen verhaftet. In Wladiwostok wurden dieser Tage vor dem Kriegsgericht umfangreiche Verhandlungen zu Ende geführt, die sich gegen eine Anzahl sozialdemokratischer Führer wegen Landesverrats richteten. Drei Sozialdemokraten wurden zu je fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Ein weiterer Prozeß gegen leitende Nationalisten erziele mit der Verurteilung von 11 Personen zu insgesamt 80 Jahren Zwangsarbeit. Diese Angeklagten fanden unter der Anklage wegen Geheimhandels mit dem angebotenen Zweck der Verletzung Schwabens von Rußland.

Die Kriegslage.

W. W. Großes Hauptquartier, 11. Nov. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Klores Herbstwetter begünstigt die beiderseitige Artillerie- und Fliegeraktivität.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Nördlich der Somme brach eine unserer Petronillen aus der südlichen Stellung zwei Wägenzenergie zurück.
Bei einem Nachtangriff gelang es den Engländern nordöstlich von Courcelles in geringer Distanz in unsere verbleibenden Graben einzudringen. Der Feind brachte Hauptverlust bei der Kirche von Sully-Saint-Julien keine Verluste. In anderen Richtungen die dort auf letzterer Front erfolgten Angriffe.

Den Bombenangriffen der feindlichen Flieger gegen La Chapelle hinter unserer Front sind gestern 3 Einheiten des belgischen Gebietes zum Opfer gefallen; der augenscheinlich militärische Schaden ist gering geblieben.
Im Ostfront und dem Westfront sind gestern wiederum 10 feindliche Flugzeuge abgeschossen worden.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalsfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern.
Mit starken neu herangeführten Kräften versuchten die Russen vergeblich, uns die bei Strabowa gewonnenen Stellungen zu entreißen. Ihre Angriffe brachen verlustreich zusammen.
An der Karajowia drangen deutsche Truppen in die russische Hauptstellung südwestlich von Jolm. Krasnoleie ein und wiesen nachts fünfmalige heftige Gegenstöße des Feindes ab.
Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Im Smetrec in den Karpathen hatte ein Vorstoß deutscher Jäger vollen Erfolg; sie führten 60 Russen gefangen aus den genommenen und zerstörten Stellungen zurück.
Die Angriffe deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen an der Nord-Ostfront von Siebenbürgen sind erfolgreich weitergeführt worden.
Westlich der Straße von Predeal auf Sinaia wurden mehrere verschlungene rumänische Linien im Sturme genommen und 160 Gefangene gemacht.
An den Pah-Stragen weiter westlich spielten sich gestern nur kleinere Kämpfe ab, bei denen einige Höhenstellungen von uns gewonnen und 200 Gefangene eingebracht wurden.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalsfeldmarschalls v. Mackensen.
Unverändert.
Mazedonische Front.
Südlich von Korca haben sich Gefechte unserer Seitenabteilungen mit französischen Truppen entwickelt.
Im östlichen Teil der Ebene von Monastir und auf den Höhen nördlich der Cerna wurden von französischen und serbischen Kräften mehrmals Angriffe unternommen, die verlustreich scheiterten. Nur südlich von Bolog hat der Feind in die vordere Stellung einzudringen vermocht.
An der Struma-Front lebte die Artillerietätigkeit beiderseits des Dufkovo-Sees auf.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

W. W. Großes Hauptquartier, 12. Novbr. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe des Prinzen Rupprecht von Bayern.
Auf dem Nord-Ufer der Somme war die Artillerietätigkeit nur zeitweise stark.
In Sully-Saint-Julien sind gestern abend neue Kämpfe entbrannt, die noch im Gange sind.
Südlich des Flusses verfierte sich das Feuer im Abschnitt Fresnes-Chaulnes. Beiderseits von Ablaincourt verfierte unsere Artilleriemerkung die Entwidlung eines sich vorbereitenden Angriffes.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalsfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Auf dem Ost-Ufer der Karajowia im östlichen südwestlich von Jolm. Krasnoleie ein erneuter Angriff der Russen gegen die von uns gewonnenen Stellungen.
Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Carl.
Im Südteil der Waldierpaiben lebte das Artilleriefeuer auf; dort fanden für uns günstig verlaufene Gefechte statt.
In der siebenbürgischen Ost-Front wurden von deutschen Truppen nördlich des Ditov-Passes achtmalige Vorstöße des Gegners abgelehnt.

Bei der Abweisung rumänischer Angriffe am Wite. Front und Wite. Cate, sowie bei Wegnahme feindlicher Stellungen beiderseits des Wite wurden — einschließlich der gestern gemeldeten 360 Gefangenen — 18 Offiziere, über 1000 Mann und 7 Geschütze eingebracht. An der Predeal-Strasse, beim Szudut-Pag und bei Orjova haben wir unsere Vortruppen vor.
Balkan-Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe des Generalsfeldmarschalls v. Mackensen.
Aus der Dobradzha und von der Donau-Front nichts Neues.
Mazedonische Front.
Im Westteil des Cerna-Bogens wurden starke serbisch-französische Angriffe durch deutsch-ungarische Truppen abgewiesen. Bei Bolog gewann ein feindlicher Vorstoß Boden.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Wien, 11. November. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Unsere Angriffe beiderseits des Ost-Flusses (Alt-Flusses) haben weitere Fortschritte gemacht. Westlich des Predeal-Tales erlitten die österreichisch-ungarische und deutsche Truppen 6 hintereinander liegende rumänische Stellungen und bekämpften diese gegen zwei feindliche Angriffe. In diesem Frontteil wurden 360 Gefangene eingebracht und zwei Majors erbeutet. Im Gergovo-Gebirge übergriffen wir nördlich des Wite. Cate. Im Smetrec in den Karpathen hatte ein Vorstoß deutscher Jäger vollen Erfolg, wobei der Feind 60 Gefangene erbeutete.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Unsere Angriffe beiderseits des Ost-Flusses (Alt-Flusses) haben weitere Fortschritte gemacht. Westlich des Predeal-Tales erlitten die österreichisch-ungarische und deutsche Truppen 6 hintereinander liegende rumänische Stellungen und bekämpften diese gegen zwei feindliche Angriffe. In diesem Frontteil wurden 360 Gefangene eingebracht und zwei Majors erbeutet. Im Gergovo-Gebirge übergriffen wir nördlich des Wite. Cate. Im Smetrec in den Karpathen hatte ein Vorstoß deutscher Jäger vollen Erfolg, wobei der Feind 60 Gefangene erbeutete.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Unsere Angriffe beiderseits des Ost-Flusses (Alt-Flusses) haben weitere Fortschritte gemacht. Westlich des Predeal-Tales erlitten die österreichisch-ungarische und deutsche Truppen 6 hintereinander liegende rumänische Stellungen und bekämpften diese gegen zwei feindliche Angriffe. In diesem Frontteil wurden 360 Gefangene eingebracht und zwei Majors erbeutet. Im Gergovo-Gebirge übergriffen wir nördlich des Wite. Cate. Im Smetrec in den Karpathen hatte ein Vorstoß deutscher Jäger vollen Erfolg, wobei der Feind 60 Gefangene erbeutete.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Unsere Angriffe beiderseits des Ost-Flusses (Alt-Flusses) haben weitere Fortschritte gemacht. Westlich des Predeal-Tales erlitten die österreichisch-ungarische und deutsche Truppen 6 hintereinander liegende rumänische Stellungen und bekämpften diese gegen zwei feindliche Angriffe. In diesem Frontteil wurden 360 Gefangene eingebracht und zwei Majors erbeutet. Im Gergovo-Gebirge übergriffen wir nördlich des Wite. Cate. Im Smetrec in den Karpathen hatte ein Vorstoß deutscher Jäger vollen Erfolg, wobei der Feind 60 Gefangene erbeutete.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Unsere Angriffe beiderseits des Ost-Flusses (Alt-Flusses) haben weitere Fortschritte gemacht. Westlich des Predeal-Tales erlitten die österreichisch-ungarische und deutsche Truppen 6 hintereinander liegende rumänische Stellungen und bekämpften diese gegen zwei feindliche Angriffe. In diesem Frontteil wurden 360 Gefangene eingebracht und zwei Majors erbeutet. Im Gergovo-Gebirge übergriffen wir nördlich des Wite. Cate. Im Smetrec in den Karpathen hatte ein Vorstoß deutscher Jäger vollen Erfolg, wobei der Feind 60 Gefangene erbeutete.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Unsere Angriffe beiderseits des Ost-Flusses (Alt-Flusses) haben weitere Fortschritte gemacht. Westlich des Predeal-Tales erlitten die österreichisch-ungarische und deutsche Truppen 6 hintereinander liegende rumänische Stellungen und bekämpften diese gegen zwei feindliche Angriffe. In diesem Frontteil wurden 360 Gefangene eingebracht und zwei Majors erbeutet. Im Gergovo-Gebirge übergriffen wir nördlich des Wite. Cate. Im Smetrec in den Karpathen hatte ein Vorstoß deutscher Jäger vollen Erfolg, wobei der Feind 60 Gefangene erbeutete.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Unsere Angriffe beiderseits des Ost-Flusses (Alt-Flusses) haben weitere Fortschritte gemacht. Westlich des Predeal-Tales erlitten die österreichisch-ungarische und deutsche Truppen 6 hintereinander liegende rumänische Stellungen und bekämpften diese gegen zwei feindliche Angriffe. In diesem Frontteil wurden 360 Gefangene eingebracht und zwei Majors erbeutet. Im Gergovo-Gebirge übergriffen wir nördlich des Wite. Cate. Im Smetrec in den Karpathen hatte ein Vorstoß deutscher Jäger vollen Erfolg, wobei der Feind 60 Gefangene erbeutete.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Unsere Angriffe beiderseits des Ost-Flusses (Alt-Flusses) haben weitere Fortschritte gemacht. Westlich des Predeal-Tales erlitten die österreichisch-ungarische und deutsche Truppen 6 hintereinander liegende rumänische Stellungen und bekämpften diese gegen zwei feindliche Angriffe. In diesem Frontteil wurden 360 Gefangene eingebracht und zwei Majors erbeutet. Im Gergovo-Gebirge übergriffen wir nördlich des Wite. Cate. Im Smetrec in den Karpathen hatte ein Vorstoß deutscher Jäger vollen Erfolg, wobei der Feind 60 Gefangene erbeutete.

Ostteil des Dorfes wird fortgesetzt, wo der Feind noch mit Erbitterung Widerstand leistet. Bisher wurden über 100 Gefangene gezählt, darunter 4 Offiziere. Südlich der Somme wurde ein deutscher Angriffsvorstoß auf unsere Stellungen südlich von Presloire durch Handgranaten abgewiesen. In der Gegend von Ablaincourt und Gommecourt ziemlich heftiges und beiderseitiges Artilleriefeuer. Unterbrochenes Geschützfeuer auf der übrigen Front. — Flugzeug: Am 10. November bewarf zwischen 10 und 11 Uhr ein Geschwader von 17 englischen Flugzeugen die Stahlwerke von Bökklingen (nordöstlich von Saarbrücken) mit Bomben, 100 Kilogramm Geschosse wurden auf die Gebäude geworfen, die ersten Schäden erlitten. Während der Operationen bestanden die englischen Flieger mehrere Kämpfe mit feindlichen Flugzeugen, von denen drei abgeschossen wurden. In der folgenden Nacht machten zwischen 8 und 9 Uhr unsere Flieger von neuem einen Bombenangriff auf diese Fabrik, wobei 1000 Kilogramm Geschosse abgeworfen wurden. Mehrere Brände wurden festgestellt. Unsere Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt. In der Nacht auf den 11. November überschütteten unsere Geschwader die Bahnhöfe von Hem, St. Quentin, Terhand, Tergnier, Noste (in der Somme-Gegend), den Flugplatz Dieuze, die Hochöfen von Nombach, die Flugzeugschuppen von Frescaty und die Hochöfen von Hagendingen mit Bomben. Die Unternehmungen fügten dem Feinde großen Schaden zu und riefen mehrere Sprengungen und Brände hervor.

Gegen Rußland.

Russischer Bericht.
vom 10. November. Westfront: In der Gegend von Strabowa ergriff der Feind abends die Offensive und zwang trotz des erbitterten Widerstandes unserer Abteilungen, die sieben Angriffe abzuwehren, unsere Truppen, sich auf die zweite Linie ihrer Gräben zurückzuziehen. Der Gegner benutzte bei diesen Angriffen Flammenwerfer. In der Bytka waren unsere Aufklärungsabteilungen in der Gegend der Dörfer Bagitow, Niesec, Stary und Bogorodszyn Stary erfolgreich tätig. In der Gegend südlich von Dorna Watra machte der Gegner im Tal der Bytka bei den Dörfern Hollo und Lomizcpaunia einen Gegenangriff, der uns zur Räumung mehrerer Höhen zwang, die wir am Vorabend besetzt hatten. Der Kampf geht hier weiter. — Kaukasus-Front: In der Richtung auf Samadan schlugen wir in der Gegend des Dorfes Kuridian einen Angriff einer türkischen Kompanie zurück. Rumänische Front: Siebenbürgische Front: Wir schlugen durch Feind einen feindlichen Angriff im Trotus-Tal zurück. Westlich des Buzeu-Tales drängte der Gegner bei einem Angriff die rumänischen Truppen vier Werst nach Süden zurück. In der Richtung auf Predeal griffen die Rumänen zur Offensive über, indem sie die linke Flanke des Feindes übergriffen. Der Kampf dauert an. In der Richtung Rimpolung wiesen wir feindliche Angriffe bei Remoesti ab. Donau-Front: Unsere Kavallerie- und Infanterie-Abteilungen besetzten den Bahnhof von Dunarea, 3 Werst westlich von Cernanoda. Es wird um den Besitz der Brücke von Cernanoda gekämpft. Wir zählten in dem eroberten Abschnitt über 200 Leichen, machten Gefangene und erbeuteten ein Maschinengewehr. Wir besetzten die Stadt Ghirsova, das Dorf Muslui und die Höhen 3 Werst südlich von Delgheru und 5 Werst südwestlich von Rastimda.

Revolutionäre Antriebe unter den russischen Soldaten.

Dem schweizerischen Presse-Telegraph wird aus russischen sozialdemokratischen Kreisen folgende Abschrift eines Geheimumschreibens zugestellt: Stellvertreter des Stabes des Dünaburger Militärbezirks, 15. September 1916. Geheim. An den Chef der Militärbezirks-Sanitätsverwaltung des Dünaburger Militärbezirks. Es sind mir Mitteilungen zugegangen, daß unter den Soldaten der Abteilungen, die innerhalb des Witebster Gouvernements stationiert sind, in der letzten Zeit eine niedergedrückte Stimmung beobachtet wurde, wobei die Kranken und verwundeten Soldaten, die sich in den Lazaretten und Krankenhäusern in ärztlicher Behandlung befinden, immer öfter auf die Notwendigkeit eines raschen Friedensschlusses zu sprechen kommen und zugleich auch eine kritische Haltung den Vorgesetzten gegenüber an den Tag legen. Es steht außer Zweifel, daß die verschlimmerte Stimmung unter den Soldaten ihnen nicht durch die Lasten des Militärdienstes eingeleitet sind, sondern durch die Anwesenheit von revolutionären Elementen, die eine Agitation zum Zwecke eines frühzeitigen Friedens begonnen haben. Die Mitteilung wird auf Befehl des Hauptes des Bezirkes ihrer Erzelenz zur Kenntnis gebracht, auch zu dem Zwecke, falls es für nötig befunden werden sollte, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um unter den Kranken und verwundeten Soldaten der Erörterung der Frage des Friedensschlusses Einhalt zu tun. Das Original ist unterzeichnet Generalmajor Medwedew.

Der Balkankrieg.

Bulgarijcher Heeresbericht.
Bericht des Generalstabes. Mazedonische Front: Südlich des Prejpa-Sees wies unsere Kavallerie den Angriff zweier feindlicher Kompanien ab. Vom Prejpa-See bis zur Mündung der Struma für uns günstige Patrouillengefechte und das gewöhnliche Artilleriefeuer; dieses war lebhaft im Cerna-Bogen, aber zeitweise unterbrochen. Unsere Artillerie rief durch ihr wirksames Feuer mehrere Explosionen unter den von ihr beschossenen feindlichen Batterien hervor. Angriffe feindlicher Infanterie bei den Dörfern Rahovo und Baralidzuma wurden leicht abgewiesen. — An der Küste des Megajischen Meeres Ruhe. — Rumänische Front: Längs der Donau in den verbleibenden Abständen Artillerie- und Infanteriefeuer. Oesterreichisch-ungarische Komitoren nahmen bei Giurgiuo zwei rumänische Schlepper, von denen der eine mit 800 Tonnen Petroleum beladen war. — In der Dobradzha nichts Besonderliches. — Bei der Cernanoda-Brücke zwang unsere Artillerie auf das linke Donau-Ufer vorgeschobene feindliche Einheiten gegen die Station Osmearea zurückzuziehen. — Küste des Schwarzen Meeres: Aus der Auslage eines an unsere Küste getriebenen Russen, eines Heizers vom russischen Dreadnought „Imperatriza Maria“, geht mit Sicherheit hervor, daß der Dreadnought bei Gullina (Geodossia-Insel) infolge Minenexplosion verentet wurde.
Der russische Dreadnought „Imperatriza Maria“, dessen Verletzung kürzlich schon von anderer Seite gemeldet wurde, ist 1913 erbaut und 22 860 Tonnen groß.

Eine Balkanrepublik?

Aus Sofia eingetroffene Nachrichten besagen, daß die Entente beabsichtige, aus jenen Gebieten Mazedoniens, die nach dem Balkankriege an Griechenland angegliedert wurden, sowie aus Teilen Albanien und des Epirus eine Republik unter dem Protektorat Englands und dem Präsidium von Venizelos zu gründen. Hauptstadt soll Saloniki werden.

Griechisches.

Die neueste Note der Entente an Griechenland soll die Forderung enthalten, daß die Gesandten der Mittelmächte gezwungen werden sollen, Athen zu verlassen.
Der griechische König soll von der Entente die Unerkennlichkeit des griechischen Gebietes und die Verteidigung der königlichen Regierung gegen die aufrührerische venezianische Regierung verlangen.
Kerter meldet aus Athen unterm 8. November: Die Regierung erhob bei der Entente Einspruch gegen die Benutzung ihrer letzten Seepreisdiktate.
Italienische und französische Offiziere wurden auf der Fahrt nach dem Epirus von bewaffneten Griechen zur Umkehr gezwungen. Diese erklärten den Offizieren: „Wir Epiroten dulden keine Italiener!“

Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Heeresbericht
von Sonnabend lautet: Nördlich der Somme unternahmen wir nachmittags einen lebhaften Angriff auf das Dorf Saultiel, das wir größtenteils wiedereroberten. Unsere Truppen hatten im Rückzug und Entweichen den Dorfgrund besetzt. Der Kampf im

Der Seekrieg.

Im Eismeer auf Minen gestoben.

Nach einem Bericht des Blattes „Archangelst“ ist die Schiffsahrt im Weissen Meer nunmehr fast vollständig unterbrochen. Nur bestimmte Eisbrecher verkehren noch zwischen Alexandrowst und Archangelst. In den letzten Tagen wurden zwei englische und ein norwegischer Dampfer durch einen neuen Eisbrecher aus dem Hafen von Archangelst nach Alexandrowst geführt, um die Überwinterung dieser Dampfer im ersten Anhalten zu verhindern. Dabei stieß der Eisbrecher „Anna I“ auf eine Mine und sank. Auch die beiden nachfolgenden englischen Dampfer stießen auf Treibminen und sanken. Der norwegische Dampfer kehrte mit eigener Kraft nach Archangelst zurück. In Swietin Noß wird ein umfangreicher Eisbeobachtungsdienst mittels Wasserflugzeugen eingerichtet.

Verrent.

wurden weiter: 6 englische, 1 norwegischer und 1 dänischer Dampfer. — Durch Funkpruch vom Vertreter des Wiener L. I. Telegraphen- und Korrespondenz-Bureaus. Die Madrider Zeitungen melden, daß der amerikanische Dampfer „Columbian“ (8530 Tonnen) durch ein deutsches U-Boot unweit von Coruna versenkt worden sei. Die Ladung bestand aus Kupfer, Stahl und Zett, bestimmt für Genua. Die Besatzung ist wohlbehalten; sie erzählt, daß das Schiff am 6. November bei Kap Finisterre angehalten worden sei. Da jedoch die Ausschiffung in Rettungsboote wegen des Sturmes gefährlich war, wartete das U-Boot volle zwei Stunden, bis sie gefahrlos bewerkstelligt werden konnte.

Die Aufbringung der „Königin Regentes“.

Zu der Aufbringung des holländischen Postdampfers „Königin Regentes“, der von Blijssing nach London unterwegs war, erfahren wir noch: Gleich nach dem Anhalten wurden von dem Dampfer mehrere Säcke, anscheinend Post enthaltend, über Bord geworfen. Einer von ihnen wurde von einem Unterschoot aufgefischt; er enthält in der Hauptsache Zeitungen für das Auswärtige Amt in London. Dreißig wehrfähige feindliche Staatsangehörige, die sich an Bord des Dampfers befanden, sind festgenommen worden, darunter ein englischer Soldat, der aus dem holländischen Internierungslager beurlaubt war.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 13. November.

Sind Lebensmittelgeschäfte zur Abgabe von Waren verpflichtet? Ueber diese in letzter Zeit mehrfach aufgeworfene Frage, die sich an Beschwerden von Verbrauchern anknüpfte, besteht, was nicht genügend bekannt zu sein scheint, in der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 die Vorschrift, daß für das Festhalten bestimmter Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs im Kriegsfall der Anschlag von Preisverzeichnissen vorgeschrieben werden kann. Dem ist auch in Lübeck entsprochen worden. § 5 der erwähnten Bekanntmachung bestimmt in Absatz 2 weiter, daß die angeführten Preise nicht überschritten werden dürfen und daß die Abgabe der im Kleinverkauf üblichen Mengen an Verbraucher zu diesen Preisen nicht verweigert werden darf. Weiter ist in Ergänzung dieser Bekanntmachung in § 5 der Verordnung des Gesetzes, betr. Höchstpreise und der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. März 1916 bestimmt, daß sich strafbar macht, wer Gegenstände des täglichen Bedarfs, die von ihm zur Veräußerung erworben sind, zurückhält, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen, dergleichen, wer, um den Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs zu steigern, den Handel mit ihnen einschränkt. Wer entgegen diesen klaren Bestimmungen sich trotzdem weigert, Waren in dem in Kleinverkauf üblichen Mengen an jedermann abzugeben, setzt sich nach § 1 der Bekanntmachung vom 23. Juli 1915 der Gefahr aus, daß durch Anordnung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bezeichneten Behörde das Eigentum an den Waren auf eine in der Anordnung zu bezeichnende Person übertragen werden kann. Danach unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß Lebensmittelgeschäfte zur Abgabe von Waren verpflichtet sind, und zwar nicht nur an feste Kunden, sondern auch an jeden anderen, der sich an die im Kleinverkauf übliche Menge hält.

Der Kartoffelmangel der Großgrundbesitzer. „Zu dem Kapitel „Konjunkturgewinne der Landwirtschaft“ hat, wie wir der „Weser-Ztg.“ entnehmen, der Magistrat Hannover einen interessanten Beitrag liefern können in einer Eingabe an den deutschen Städtetag, dem mit der Bitte um geeignete Maßnahmen davon Mitteilung gemacht wird, daß die Domänen und großen Güter überhaupt keine Kartoffeln angebaut haben und nun von den kleinen Besitzern mit Kartoffeln versorgt werden müssen. Manche Großgrundbesitzer haben die Konjunktur zu auszunutzen verstanden, daß sie neben anderen ertragsreichen, d. h. hochbezahlten Körnerfrüchten um Frühkartoffeln gebaut, sich aber wegen ihrer Versorgung mit Winterkartoffeln auf die anderen verlassen haben. Die kleinen Landwirte sind mit Recht erbittert, daß ihnen jetzt bald der letzte Zentner Kartoffeln abgenommen wird, während ihre „großen“ Nachbarn das Geschäft gemacht haben. Auch die Schweinemästung überlassen die Domänenpächter, wie durch Tatsachen zu belegen ist, gern den kleinen Besitzern. Daß hiergegen Front gemacht wird, ist durchaus beabsichtigt. — Wenn es sich tatsächlich so verhält, dann tut es not, daß man die Namen der Landesfeinde erfährt, die Englands Auslieferungspolizei zu unterstützen, damit man in der Stunde der Abrechnung auch ihnen ihre Schuld heimzahlen kann.

Weihnachtspaketverkehr nach dem Felde. Weihnachtspakete an die Heeresangehörigen in Siebenbürgen und auf dem Balkan müssen bis zum 1. Dezember d. J. bei dem zuständigen Militär-Paketamt eintreffen. Die Weihnachtspakete nach der Türkei, Bulgarien (Mazedonien) und der Dobrubtscha sind mit der Aufschrift „An das Sammelpaketamt Leipzig“, die für Siebenbürgen und Rumänien, nördlich der Donau, „An das Sammelpaketamt München“ unter Angabe der genauen Feldadresse abzusenden.

Der Unterhaltungs-Abend des „Freien Jüngling“. Der gestern Abend im Gewerkschaftsbaue veranstaltete wurde, erfreute sich eines außerordentlich starken Besuches. Die Darbietungen der Schützmannskapelle unter Leitung von Herrn Wachtmeister Gebert und der Sängerrinnen- und Sängerkörpers des Chorgesangs, die von Herrn Lehle temperamentvoll dirigiert wurde, übten wie immer starke Anziehungskraft aus. Sie wurden sehr beifällig aufgenommen. Die kurze martige Ansprache des Genossen W. B. Bromme fand stürmischen Beifall. Ebenso die Reigenaufführung der Jugendlichen, die mehrmals wiederholt werden mußte. Auch die Rezitationen, die von Karl Leß, Karl Müller, W. Bromme, Joh. Rook und Hel. Hartleben gegeben wurden, fanden günstige Aufnahme. Es gefiel den Besuchern so sehr, daß Mitternacht vorüber war, bevor man an den Aufbruch dachte.

Kriegs-Ausstellung Lübeck. Der Besuch der Kriegs-Ausstellung im Kolosseum zu Lübeck war am gestrigen Sonntag fast noch stärker wie am gleichen Tage der vorigen Woche, er hat wiederum annähernd 3000 Personen getragen. Namentlich war auch wiederum die Umgebung Lübecks, Mecklenburg, Lauenburg, Schleswig-Holstein stark vertreten. Die Eisenbahnen und Straßenbahnen zeigten sämtlich eine starke Benutzung, die Straßenbahn vermochte zeitweilig den Verkehr kaum zu bewältigen. Während der Mittagszeit bot das Konzert der Kapelle der Schützmannskapelle eine gute Anziehungskraft. Am meisten bewundert wurden wiederum die großen Panzerplatten mit ihren Riesengeschosswirkungen aus der Stageratzschlacht, die plastischen Gruppen und die umfangreiche Kriegsbeuteausstellung in den Sälen sowie im Vorder- und Hintertage. Im Laufe der Woche werden noch mehrere neue Ausstellungen hinzutreten, die eine Erneuerung des Besuches erwarten lassen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, 13. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Zwischen Auere und Somme zeitweilig starker Artilleriekampf. Unser Feuer zerstörte feindliche Infanterie im Vorgründe unserer Stellungen südlich von Warlingcourt und wirkte gegen Ansammlungen in den englischen Gräben westlich von Caucourt l'Abbaye. In Saillly-Saillies hatten wir den Strand. Beiderseits des Dorfes griffen die Franzosen nachmittags mit starken Kräften an. Sie wurden abgeschlagen.

Heeresgruppe Kronprinz. Ein nördlich der Doller (Oberloß) nach Artillerievorbereitung erfolgender französischer Vorstoß scheiterte vollkommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Zwischen Meer und Karpaten keine wesentlichen Ereignisse.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Ghergo-Gebirge haben deutsche und österreichisch-ungarische Bataillone den Bitca-Arsurilor genommen. Dort auf den Höhen östlich von Belvor und auf dem Hüfser der Putna versuchten die Russen in mehrmaligen Angriffen vergeblich, uns den erregenden Geländegewinn freitrag zu machen. Auch in den Bergen zu beiden Seiten des Ditas-Passes wurden feindliche Vorstöße zurückgewiesen.

Nordwestlich von Campolung ist Candessi von unseren Truppen genommen worden. Südöstlich des Roten-Zum-Passes und an der Szurdul-Strasse, sowie nördlich von Desjova hatten rumänische Kräfte bei starken Gegenangriffen keinerlei Erfolg. Sie blühten wieder neben blutigen Verlusten über 1000 Gefangene ein.

Balkan-Kriegsschauplatz. Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madenjen.

Links der Donau gegen den linken Flügel unserer Stellung in der Norddobrudzsa vorrückende feindliche Abteilungen wurden vertrieben. Cernasoda ist vom linken Donauufer her erfolglos beschossen worden.

Mazedonische Front. In der Ebene von Monastir starkes Artilleriefeuer. Gegen verlustreiche Angriffe des Feindes bei Lajec und Remati und nördlich von Brod, an der Cerna sind die deutsch-bulgarischen Stellungen respektlos behauptet worden.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Baltischport beschossen.

WZ. Berlin, 13. November. (Amtlich.) In der Nacht vom 10. auf den 11. November riefen deutsche Torpedobootsflottille auf einer Erkundungsfahrt in den Finnischen Meerbusen bis Baltischport vor und beschossen die Hafenanlagen dieses russischen Stützpunktes wirksam auf geringe Entfernung.

Holländischer Dampfer aufgebracht.

WZ. Berlin, 13. November. (Amtlich.) Vor der Themse wurde am 12. November der holländische Dampfer „Batavia 6“ mit größerer Ladung Bananen an Bord von unsern flandrischen Seeestreitkräften angehalten und in den Hafen eingebracht.

Hamburg. Ein Großfeuer kam in der Nacht zum Sonnabend gegen 2 Uhr im Anwesen der Witwe Cohrs in der Scharnhorststraße in Othmarschen zum Ausbruch. Von der Scheune aus sprang das Feuer auf das Wohngebäude über, doch gelang es, ein gefährdetes Nebengebäude zu retten. Wohnhaus und Scheune brannten vollständig nieder. Ebenso verbrannten sämtliche Vorräte und die Möbel. Der Viehbestand konnte bis auf einiges Federvieh gerettet werden.

Kiel. Hohe Geldstrafen verhängte die Kieler Strafkammer über eine Anzahl Personen, die gegen Kriegsnotgesetze verstoßen hatten. Die Kaufmannsweibchen Mohnien hatte einen größeren Posten Seife zu einem übermäßigen Preise weiterverkauft. Sie wurde zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. — 2160 Mark Geldstrafe erhielt der Landmann Büll aus Pommerby (Kreis Eckernförde), der nicht weniger als 25 Zentner Gerste und 47 Zentner Hafer hinterzogen hatte. — 300 Mark Geldstrafe erhielt der Bauer Fehmann und der Umgegend von Preeg hatten Gerste in Mengen von 11 bis 82 Zentner hinterzogen und an das Vieh verfüttert bezw. ausgefüttert. Diese erhielten Geldstrafen bis zu 880 Mark. Es handelt sich bei diesen Prozessen wegen Getreidehinterziehungen meistens immer um Berufungsverhandlungen. Die von den ländlichen Schöffengerichten erkannten Strafen sind nämlich immer so niedrig, daß der Amtsanwalt Berufung einlegen muß, um von der Strafkammer eine angemessene Bestrafung dieser Leute zu erzielen.

Odenburg. Die Kriegsunterstützung im Oldenburgischen Landtage. Der Oldenburgische Landtag, der neu gewählt worden ist, trat, wie schon kurz mitgeteilt, vor einigen Tagen zu seiner Tagung zusammen. Ueber die Kriegsjahre sagt die Chronik, mit welcher der Landtag eröffnet wurde: „Am den schwächeren Schultern unter den Dahingebiebenen die Tragung der Kriegslasten zu erleichtern, muß auch der Staat weiter helfend eintreten. Die Staatsregierung hat deshalb bereits in diesem Sommer die vom letzten Landtag bewilligten Kriegszulagen für die geringer besoldeten Beamten und Lehrer und die staatlichen Arbeiter erhöht; sie wird jetzt ihre nachträgliche Zustimmung erbiten und zugleich eine Erweiterung dieses Gesetzes beantragen. In die Voranschläge sind außerdem Mittel eingestrichelt zur Gewährung von Beihilfen an Beamtenwitwen und -Waisen und an Ruhegehaltsempfänger. Ferner wird Ihnen eine Vorlage zugehen, die den Zweck verfolgt, den Lieferungsverbänden und Gemeinden einen Teil ihrer Zuschläge zu den Reichs-Familienunterstützungen aus Landesmitteln zu erstatten, womit zugleich das Erlösen des letzten Landtages, die Heranziehung der Vermögenssteuer zu den Gemeinde-Kriegslasten zu ermöglichen, seine Erledigung finden wird. Auch sonst bleibt die Staatsregierung um eine ausreichende Kriegswohlfahrtspflege unablässig bemüht; die dafür ausgesetzten allgemeinen Mittel sind erhöht worden, und überall im Lande sind Fürsorgestellen für Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene eingerichtet.“

Theater und Musik.

Stadtheater. „Gespensier“, ein Familiendrama in drei Akten von Ibsen. Von den gesellschaftskritischen Dramen des großen Norwegers reden die „Gespensier“ wohl die erschlürteste Sprache. Die konventionelle Grundfrage der Familie ist morisch, die vielgepriesene sogenannte Sittlichkeit letzten Endes eine heuchlerische Phrase, das will der Dichter an der Handlung in der

Familie des Kammerherrn Alving zeigen. Und der Pastor Manders, der die bestehenden Verhältnisse unerschütterlich ernst mit den üblichen Redensarten von Geseh und Moral zu erledigen sucht, der vor allem den Schein aufrecht erhalten möchte, leistet ihm dabei die wirkungsvollsten Dienste. Zugleich spielt die Vererbungslehre in dem Drama eine Rolle, denn Oswald Alving muß die Sünden seines Vaters sühnen. Der scharf geschliffene, geistesfunkelnde Dialog der „Gespensier“ ist von unmittelbarer Wirkung. Am Sonnabend erfuhr das Drama an unserer städtischen Bühne eine Wiedergabe, der hohe Achtung zu zollen ist. Fräul. Dülfer war eine kluge und überzeugende Frau Alving, deren mütterliche Besorgtheit aus dem Herzen kam, und die durch Leid wissend geworden war. Für den Standpunkt des Vertreters der „göttlichen Weltordnung“ war Herr Wiegner ehrlich ohne falsches Pathos als Pastor Manders. Eindringlich charakterisiert in seiner quälenden, nervösen Unruhe war der Oswald des Herrn Steinhöfer. Als Regine, in der Leichtsinn und verhaltene Lebensfreudigkeit rumoren, war Frau Berkta wohl am Platze. Den Tischler Engstrand verkörperte geschickt Herr Stengel, der auch die Regie führte. Die Vorstellung hinterließ einen tiefen Eindruck. Ein kleiner Teil des Publikums schien allerdings nicht zu ahnen, daß die „Gespensier“ ein Drama sind.

Am Sonntag wurde als erste Wagner-Oper in dieser Spielzeit „Tannhäuser“ aufgeführt. Die Besetzung der Hauptpartien war die gleiche wie im Vorigen. Herr Jahn erlebte den Ritter aus dem Venusberg, gibt ihm in der Darstellung und im Gesang packenden dramatischen Ausdruck. Die Elisabeth der Frau Hügel war von feinscher Reinheit und strahlte Wärme echter Empfindung aus. Für den Wolfram fand Herr Benjinger klangvolle Töne, in denen sich Liebe, Enttäuschung und tiefes Mitleid mischen. Frau v. Pander bot als Venus eine von Intelligenz getragene tüchtige Leistung. Das Hirtenspiel wurde von Frau Vogel-Mad stichlich gesungen. Neu war Herr Szanzer als Landgraf; das kräftige Organ des Künstlers würde noch gewinnen, wenn es gefänge, ihm einen weichen Klang zu geben. Herr Trimborn lächelte als Walfänger auch dann freundlich, wenn es die Situation gar nicht verlangte, stand aber sonst im Sängerkrieg seinen Mann. Die kleineren Partien des Biterolf und Reimer waren mit Herren Ludewigs und Salno gut besetzt. Die kleine Besetzung, welche die Männerchor erhalten hatten, erwies sich als vortrefflich. Von der Spielleitung waren als Neuerung einige geflügelte Engel in den Venusberg hineingeführt worden; um sich am Tanz der Bacchanten zu ergötzen. Das Bedürfnis dafür ist nicht einzusehen. Sämt waren, wie in den letzten Jahren, die Tendenz schon äußerlich von den Bühnen durch den vollständigen Mangel an Gesichtshaarung unterschieden, doch hatte auch Wolfram auf den Barthaarstand verzichtet müssen. Daß die meisten Gesichter durch Barthaarlosigkeit gewinnen, läßt sich aber wirklich nicht behaupten! Mit besonderer Anerkennung muß Herr Kapellmeister Wehler genannt werden, der das Leidenschaftsdrückglühende Werk mit großer Sorgfalt einstudiert hatte und mit starkem Temperament dirigierte. Das Haus war ausverkauft. P. L.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. November. (Privattelegramm des „V. V.“)

Die „B. Z.“ am Mittwoch schreibt: Der Bundesrat wird sich in diesen Tagen mit einer Vorlage zu beschäftigen haben, durch die in Anlehnung an den Gedanken der militärischen Dienstpflicht eine Verpflichtung zur Arbeit in öffentlichen Diensten für alle diejenigen festgesetzt werden soll, die nicht schon auf Grund der Wehrpflicht zu solchen Diensten herangezogen werden können. Es handelt sich ganz allgemein darum, alle im Reich vorhandenen Kräfte, die für rein militärische Zwecke in Betracht kommen, in noch weiterem Umfange als bisher möglichst vollständig für diese rein militärischen Zwecke freizumachen und durch andere zu ersetzen, die deren bisherige Arbeiten verrichten können. Der genaue Inhalt der Vorlage steht bis zum Augenblick noch nicht fest. Mit einer gewissen Sicherheit kann jedoch angenommen werden, daß eine Erhöhung der Altersstufe in der Wehrpflicht ebenso wenig in Frage kommt, wie eine unbedingte Zivil-Dienstpflicht der Frauen. Die grundsätzliche Durchscheidung der Zivil-Dienstpflicht hätte naturgemäß zur Folge, daß alle diejenigen zur Arbeit herangezogen werden, die ein Einkommen beziehen, ohne eine Tätigkeit auszuüben, die nicht im öffentlichen Interesse oder im Interesse der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Lebensinteressen liegt. Die Altersgrenze für diese Dienstpflicht dürfte beim 60. Lebensjahre liegen. Zur Beratung der neuen Vorlage wird der Reichstag wahrscheinlich in acht bis vierzehn Tagen zusammentreten. (Siehe auch unter Deutschland.)

Berlin, 13. November. Aus Wien wird der „Deutschen Tageszeitung“ berichtet: „Die Zeit“ meldet, der russische General in Teheran, teilte seiner Regierung mit, daß man dort mit der Werbung persischer Freiwilliger für die türkische Armee begonnen habe.

Briefkasten.

Mehrere Abonnenten. Das Inserat über den Knochenverkauf in der Markthalle erscheint in unserer Zeitung nicht, weil Herr Cadow es in brücker Weise abgelehnt hat, auch bei uns zu inserieren.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

betreffend die Milchversorgung.

In der jetzigen Zeit, in der die Zufuhr von Milch sehr gering ist, ist die Versorgung der Bevölkerung mit Milch auf einige Schwierigkeiten. Es ist indes festzustellen, daß viele Familien sich bisher mit einer geringeren Menge Milch beholfen haben, während sie jetzt die Lieferung der auf jeden Kopf der Familie entfallenden Höchstmenge verlangen. Wenn in solchen Fällen die Bevölkerung sich nicht freiwillig vorübergehend einige Beschränkung auferlegt, bleibt nichts anderes übrig, als die für den Kopf zulässige Höchstmenge weiter herabzusetzen. Das Polizeiamt möchte eine derartige Maßregel vermeiden, besonders da die gegenwärtige Milchknappheit nur eine vorübergehende, und in wenigen Wochen eine Zunahme der Milchzufuhr zu erwarten ist. An die Bevölkerung richtet das Polizeiamt daher das dringende Ersuchen, sich während der gegenwärtigen Milchknappheit Zeit mit dem Milchverbrauch etwas einzuschränken. Die Milchhändler werden ersucht, die etwa durch Milchmangel notwendigen Abzüge nicht immer denselben Familien zu machen, sondern abzuwechseln, damit auf diese Weise eine möglichst gleichmäßige Verteilung erfolgt. Kindern unter einem Jahre, kranken Frauen und Kranken soll jedoch stets die volle Menge zugewendet werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Beschränkung der erwachsenen Personen auf Magermilch nicht eine von einer hiesigen Behörde für Lübeck erlassene Maßregel ist, sondern daß diese Anordnung auf der Verordnung des Präsidenten des Reichsernährungsamtes über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 beruht und für das ganze Deutsche Reich gilt. Lübeck, den 11. November 1916. Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Petroleum für Heimarbeiter und Minderbemittelte.

Vom Donnerstag, dem 16. November 1916 ab kann auf die ausgegebenen Karten wieder Petroleum entnommen werden und zwar

auf Abschnitt 2 der gelben Karten 7 Liter,
2 der grünen " 3

Für diejenigen Personen, die sich noch bis 1. November 1916 bei der Beratungsstelle für Beleuchtungsfragen gemeldet und noch keine Karten erhalten haben, findet die Kartenausgabe am **Mittwoch, dem 15. November 1916** und am **Donnerstag, dem 16. November 1916** nachmittags von 3 bis 7 Uhr in der Börse, Eingang vom Markt aus, statt.

Lübeck, den 11. November 1916. (5617)

Die Beratungsstelle für Beleuchtungsfragen.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf der vom Kommunalverband Lübeck unter Verwendung von Weizenmehl hergestellten Würst.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 bestimmt das Polizeiamt: Der Verkauf der vom Kommunalverband Lübeck unter Verwendung von Weizenmehl hergestellten Würst findet statt: In der Woche vom 13. bis 19. November 1916 für folgende Bezirke:

Bezirk 1	Katobi-Quartier
2	Marien-Mandalenen-Quartier
7	St.-Lorenz-Quartier I
8	" " II
9	" " III
10	" " IV
11	" " V
18	Woisling-Genin

In der Woche vom 20. bis 26. November 1916 für folgende Bezirke:

Bezirk 3	Marien-Quartier
4	Johannis-Quartier
5	St.-Jürgen-Quartier I
6	" " II
12	Gertrud- " I
13	" " II
14	Tranemünde
15	Rüdnis-Ferrenwpl
16	Schlump
17	Siams-Dänischburg

Der Verkauf erfolgt auf das Lebensmittelbuch, und zwar auf den Berechtigungschein A.

Für jede Person dürfen nicht mehr als 125 Gramm Würst verabfolgt und entnommen werden.

Die Inhaber der Lebensmittelbücher haben in dem Kopf des Berechtigungscheines A das Wort „Streuwurst“ einzutragen, sobald die überschritt lautet: „Berechtigungschein zum Bezuge von Streuwurst“.

Bei der Entnahme der Würst hat der Verkäufer den Abschnitt A II abzureinigen, aufzubewahren und spätestens bis zum 29. November 1916 an die Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 65 L. einzuliefern.

Zwischenhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden auf Grund des § 14 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 11. November 1916. (5619)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend Höchstpreise für Rüben.

Auf Grund der §§ 1, 3 und 4 der Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes über Höchstpreise für Rüben vom 26. Oktober 1916 verordnet das Polizeiamt:

§ 1. Beim Verkauf von Rüben im Großhandel dürfen folgende Preise für 50 kg nicht überschritten werden:

1. bei Rapsrüben und Stoppelrüben	2,50 Mk.
2. bei Herbstrüben (unreife Festwurzrüben)	6,— "
3. bei Runkelrüben und Zuckerrüben unter Ausschluss der roten Rüben (rote Fein)	2,50 "
4. bei Kohlrüben (Runkeln, Boden-schtrubi, Stielrüben)	3,— "
5. bei Mören	6,— "

§ 2. Beim Verkauf von Rüben an die Verbraucher dürfen folgende Preise nicht überschritten werden:

	in Mengen über 25 kg für 5 kg	in Mengen unter 25 kg für 0,5 kg
1. bei Rapsrüben und Stoppelrüben	0,25 Mk.	5 Pfg.
2. bei Herbstrüben (unreife Festwurzrüben)	0,50 "	10 "
3. bei Runkelrüben und Zuckerrüben unter Ausschluss der roten Rüben (rote Fein)	0,35 "	4 "
4. bei Kohlrüben (Runkeln, Bodenschtrubi, Stielrüben)	0,55 "	4 "
5. bei Mören	0,50 "	10 "

§ 3. Für keine Spezialrassen, die zu Spezialrassen gebaut sind (Kartoffeln), wird für den Verkauf durch den Erzeuger ein Höchstpreis von 10 Mark für 50 kg und für den Verkauf an den Verbraucher ein solcher von 15 Pfg. für das Pfund, und beim Verkauf in Säcken ein Erzeugerhöchstpreis von 5 Pfg. für das Sand und ein Kleinhandelshöchstpreis von 15 Pfg. für 2 Sand festgesetzt.

§ 4. Die Erzeuger dürfen beim Verkauf unmittelbar an die Verbraucher die Kleinhandelspreise nehmen.

§ 5. Die tatsächlichen Höchstpreise gelten für gepökelte Rüben.

§ 6. Die Ausfuhr von Rüben aller Art aus dem Lübeckischen Staatsgebiet ist nur mit Genehmigung des Polizeiamtes zulässig.

§ 7. Mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer die festgesetzten Höchstpreise überschreitet,
2. wer einen anderen zum Überschreiten derselben auffordert, durch den die Preise überschritten werden, oder wer sich zu einem solchen Betrug erheißt,
3. wer es unterlässt, ohne die vorgeschriebene Genehmigung Rüben aus dem Lübeckischen Staatsgebiet auszuführen.

Lübeck, den 11. November 1916.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

Am Dienstag, dem 14. November, wird das Polizeiamt für das Gebiet der Stadt und Vorstädte einschließlich des Eingemeindungsgebietes wiederum eine beschränkte Anzahl Brotkarten über ein Kilogramm Vollkornbrot zum Preise von 60 Pfg. für je eine Brotwoche ausgeben.

Zum Bezuge je einer Vollkornbrotkarte sind diejenigen Haushaltungen berechtigt, in welchen zwei oder mehr Minderjährige im Alter von 6 bis einschließlich 11 Jahren vorhanden sind.

Die Karten werden durch die zuständigen Polizeiwachen, und zwar für die nächsten sieben Wochen, ausgegeben. Unrichtige Angaben gegenüber den mit der Ausgabe der Karten beauftragten Beamten werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft werden.

Ein Anspruch auf den Bezug von Vollkornbrotkarten besteht in keinem Falle.

Lübeck, den 11. November 1916.

5620 **Das Polizeiamt.**

Bekanntmachung

betreffend Abänderung der Höchstpreise für Karpfen und Schleie.

Zu Abänderung der Bekanntmachung über die Festsetzung von Höchstpreisen für Süßwasserfische vom 18. Juli 1916 werden hiermit folgende Höchstpreise für Karpfen und Schleie festgesetzt:

I. Beim Verkauf von Karpfen und Schleien im Großhandel dürfen für 50 kg Reingewicht einschließlich Verpackung folgende Preise nicht überschritten werden:

bei Karpfen	160 Mk.
Schleien	200 "

Mengen unter 25 kg sind für den angegebenen Preis ab Lager, 25 kg und darüber frei Haus zu liefern.

II. Bei der Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher dürfen folgende Preise für 0,5 kg nicht überschritten werden:

bei Karpfen	1,85 Mk.
Schleien	2,30 "

Für die Zustellung in die Wohnung darf ein besonderer Preisaufschlag nicht berechnet werden.

III. Die Höchstpreise gelten auch für den Verkauf von Karpfen und Schleien, die mit Genehmigung der Kriegsgesellschaft für Leichnisverwertung m. b. S. in Berlin abgesetzt werden.

IV. Die hier festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Reichsgesetzes, betreffend Höchstpreise.

Zwischenhandlungen unterliegen der Bestrafung nach Maßgabe des genannten Reichsgesetzes.

Lübeck, den 11. November 1916.

5614 **Das Polizeiamt.**

Bekanntmachung

betreffend Höchstpreise für Wild.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Regelung der Wildpreise vom 24. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 959) werden für das Lübeckische Staatsgebiet folgende Höchstpreise für Wild festgesetzt:

I. Höchstpreise für den Großhandel.

1. Rehwild mit Decke	für 0,5 kg	Mk. 1,35
2. Rot- und Damwild mit Decke	0,5 "	1,40
3. Wildschweine mit Schwarte		
a) im Gewicht bis zu 35 kg einschließl.	0,5 "	1,40
b) im Gewicht über 35 kg	0,5 "	1,20
4. Gänse mit Hals ohne Hals	des Stück	6,—
5. wilde Kaninchen		
a) mit Hals		1,80
b) ohne Hals		1,70
6. Fasanenbühne, junge		5,10
alte		4,10
Fasanenbühnen		4,10

II. Höchstpreise für den Kleinhandel.

1. bei Rehwild		
a) Rücken und Keule	für 0,5 kg	Mk. 2,90
b) Platt oder Bug	0,5 "	2,—
c) Ragout oder Kochfleisch	0,5 "	1,—
2. bei Rot- und Damwild		
a) Rücken und Keule	0,5 "	2,45
b) Platt	0,5 "	1,8—
c) Madenstücke bis zur 3. Rippe	0,5 "	1,80
d) Fleckfleisch	0,5 "	1,—
e) Filet (von der ausgehöhlten Rippe ohne Knochen)	0,5 "	5,10
f) ausgehöhltes Keulenfleisch ohne Knochen	0,5 "	4,10
3. Gänse im Fell	das Stück	Mk. 6,75
ohne Fell		6,45
a) Fasanenbühnen		4,25
b) Fasanenkeule		1,10
c) Fasanfleisch		0,90
4. bei Wildschweinen		
A. bei Fieren bis zu 35 kg einschließl.:		
a) Rücken und Keule	für 0,5 kg	Mk. 2,85
b) Platt oder Bug	0,5 "	2,05
c) Ragout oder Kochfleisch	0,5 "	1,10
d) Kopf	0,5 "	1,—
B. bei Fieren über 35 kg:		
a) Rücken und Keule	für 0,5 kg	Mk. 2,25
b) Platt oder Bug	0,5 "	1,75
c) Ragout oder Kochfleisch	0,5 "	1,10
d) Kopf	0,5 "	1,—
5. bei Kaninchen		
a) mit Fell	das Stück	Mk. 2,10
b) ohne Fell		2,—
6. bei Fasanenbühnen, junge		5,85
alte		4,85
Fasanenbühnen		4,85

Als Kleinhandel gilt der Verkauf an den Verbraucher. Als Großhandel gelten alle sonstigen Verkäufe.

Die hier festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Reichsgesetzes, betreffend Höchstpreise.

Zwischenhandlungen unterliegen der Bestrafung nach Maßgabe des genannten Reichsgesetzes.

Die Bekanntmachung betreffend die Höchstpreise für Wild vom 24. Dezember 1915 wird aufgehoben.

Lübeck, den 11. November 1916. (5615)

Das Polizeiamt.

Ab 15. November verlegt ich meine Sprechstunden auf 11—1 Uhr, Sonntags keine. (5612)

Dr. Hennings.

Taschenuhren
Wanduhren
Weckuhren
Silberwaren
Willi Westfahl,
32 Reichenstr. 32,
Uhren-Reparatur-Werkstatt.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter **Karl Schütt** im Alter von 76 Jahren verstorben ist.

Schro seinem Andenken!
5830 **Der Vorstand.**

NB. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. D. D.

Möglichst u. unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter, herzensaurer Mann, mein lieber, treuer, liebender, Vater, mein lieb. Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Unteroffizier **Willi Malonn** im 28. Lebensjahre am 30. Oktob. im Feldlazarett an Bauchschuß gestorben ist. tief u. innigst betrauert u. schmerzlich vermisst von seiner tiefbetäubten Gattin (5621)

Frida Malonn, geb. Jürgens und alle, die ihm nahe standen.
Lübeck, den 11. Novbr. 1916.
An der Mauer 12,2.

Schwer war schon d. Trennungsschmerz, jetzt aber bricht uns fast das Herz. Du darfst uns viel zu früh, Vergessen können wir dich nie. Du laßt dich, wie Rosen sinken, wenn sie in voller Blüte stehen. Und bitter, heiße Tränen fließen. Weil Du so müdest von uns gehst. Nun schlummre sanft du edles Herz. So fern auch von den Deinen, die hier in tiefer Seelenpein, Dich bitterlich beweinen. Ruhe laßt in Frieden, mein heißgeliebter Mann! Trennung, o wie schwer bist du!

Am Sonnabend mittag 12 Uhr entließ sanft nach schwerer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Johanna Schmöde geb. Gärtner** im 74. Lebensjahre.

Zu tiefer Trauer
Ferdinand Schmöde und Familie.

Lübeck, Marktstraße 106.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bornorter Friedhofs aus statt. (5626)

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
C. G. m. b. G.

Zu sofort gesucht:
Ein junger Hausdiener.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“

Kriegs-Ausstellung
Lübeck — Kolosseum.
5625

Heute Montag nachmittag von 4 Uhr an:
Konzert
ausgeführt von Mitgliedern der Kapelle Ersatz 84.
Eintritt 50 Pfg. zum Besten des Roten Kreuzes.

Kriegswettrennspiel. — Sprengstücke.
Strassenbahn Linie 4 vom Bahnhof. Linie 2 vom Markt.

Drucksachen aller Art
liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Hansa-Theater.
Des großen Erfolges wegen bis 15. November täglich 8 Uhr: (5628)

Uebern großen Teich.
Ab Donnerstag, d. 16. Novbr.:
Krone und Fessel.
Militär, Ausstattungsgstück.
Vorverk. im Zigarrengeschäft v. Sager, Kohlmarkt u. Theaterkasse 10-1 Uhr und ab 6 Uhr.

Stadttheater.
Dienstag, d. 14. Novemb. 1916
Die Fledermaus.
Operette von J. Strauss.
Mittwoch, d. 15. Novemb. 1916
Die Csárdásfürstin
Operette von E. Kálmán.
Donnerstag, d. 16. Novbr. 1916
Rigoletto.
Oper von G. Verdi.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Zu kaufen gesucht. (5610)
Gaustandstumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, Pferde- und Schweinehaare zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Ballempfistr. 25.
Telephon 2480.

Puppen-Klinik
9 Sandstr. 9
Reparaturen bitte möglichst schon jetzt einzureichen. 5627
Ausführungen prompt.
Preise billigst.
C. Blasath Ww.
Inh.: Carl Landwehr.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (5609)
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Vob,
Uhrmacher, Hüxstr. 71

Arbeiter-Notiz-Kalender
für 1917
ist sofort zur Ausgabe gelangt.
Preis 10 Pfg.
Buch. St. Nevel & Co.
Johannisstraße 46.

Knochenverkauf.
Dienstag, 14. November 1916
Str. 2701—2900 v. 2-4 Uhr nachm.
5624 **Paul Lohmann.**

Gewerbe-gesellschaft.
Befähigung der Kriegs-Ausstellung.
Um möglichst vielen Gesellschaftsmitgliedern Gelegenheit zu bieten, die Ausstellung zu besichtigen, hat der Vorstand eine größere Anzahl Eintrittskarten erworben, welche den Mitgliedern zu ermäßigtem Preise zur Verfügung gestellt werden sollen.
Gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte von 1916, welche abgestempelt wird, kann jedes Mitglied von Dienstag, den 13. bis Donnerstag, den 15. Novbr. 7 Uhr abends bei Herrn Paul Rosin, Breite Str. 23, zwei Eintrittskarten zu ermäßigtem Preise erhalten. (5613)

Zur Abwehr.

Unter der geschmackvollen Ueberschrift: „Für politische Entrechtung! Eine Tat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“ bringt die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, in dem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion heruntergerissen wird, weil sie einem von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gestellten Antrage zu dem Gesetz betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften nicht zugestimmt hat.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte bekanntlich beantragt, die Unterstützungen der Familienangehörigen in den Dienst eingetretener Mannschaften zu erhöhen. Die Arbeitsgemeinschaft hat dazu folgenden Abänderungsantrag gestellt: die Ziffer b des § 11 des Gesetzes vom 28. Februar 1888, durch die den Familien die Unterstützung entzogen wird, wenn der Kriegsteilnehmer durch gerichtliches Erkenntnis zu Gefängnisstrafen von länger als sechsmonatiger Dauer oder zu einer härteren Strafe verurteilt wird, zu streichen.

Dass diese Vorschrift in vielen Fällen eine unerbittliche Härte mit sich bringt, hat von der sozialdemokratischen Fraktion längst erkannt. Sie hat sich mehrfach, zuletzt im Frühjahr dieses Jahres, im Reichstage bemüht, eine Abänderung dieser Bestimmung durchzuführen, jedoch ohne Erfolg. Bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages hat der Reichsrat durch eine kleine Anfrage von der Regierung Auskunft darüber verlangt, ob der § 11 des Familienunterstützungsgesetzes einer entsprechenden Abänderung unterzogen werden und dem Reichstage demnächst eine entsprechende Vorlage zugehen soll. Der Ministerialdirektor Dr. Lewald gab namens der Reichsregierung diese Erklärung ab:

Die Familien der Kriegsteilnehmer verlieren nach dem angezogenen Paragraphen die Unterstützung, wenn eine gerichtliche Strafe von mehr als sechs Monaten Gefängnis verhängt wird. Von diesem wohlwogenden Grundsatz kann nicht abgegangen werden. Der Reichskanzler hat jedoch Vorbehalte getroffen, daß die Angehörigen der in Frage kommenden Personen nicht der Armenpflege anheimfallen, sondern aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege unterstützt werden. Auch wird ihnen Reichswochenhilfe gewährt.

Durch diese bestimmte Erklärung der Reichsregierung werden die aus der Fassung des § 11b des Familienunterstützungsgesetzes sich ergebenden Härten erheblich eingeschränkt. Die Familien der verurteilten Mannschaften erhalten Unterstützung aus Reichsmitteln. Armenunterstützung, und politische Entrechtung kommen also nicht mehr in Betracht. Wäre dennoch nach dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft die Forderung der gänzlichen Aufhebung des § 11b mit dem Beschluß auf Erhöhung der Familienunterstützung — dessen einstimmige Annahme im Reichstage gesichert war — verflochten worden, so wäre damit seine baldige Durchführung erschwert, mindestens aber hinausgeschoben worden. Jede Hinausschiebung der dringend notwendigen Erhöhung der Familienunterstützung schädigt aber Millionen Kriegerfrauen und deren Kinder. In solchen Fällen war die Fraktion immer bestrebt, die Anträge so einfach wie möglich zu gestalten, um nennenswerte Entschädigung herbeizuführen. In dieser Beurteilung gab es auch keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Funktionsmitgliedern des Haushaltsausschusses; auch im Plenum stimmten Mitglieder der Linken, die in sozialpolitischen Dingen als gute Sachkenner gelten, gegen den Antrag der Arbeitsgemeinschaft.

Die Anträge der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erweiterten wiederholt den Eindruck, als ob sie nur gestellt worden seien; um nach ihrer Ablehnung durch die sozialdemokratische Fraktion Anklagen gegen diese erheben zu können. Hierfür nur ein Beispiel:

Ein Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Haushaltsausschuß verlangte eine Änderung des Mannschaftsverorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906, dahingehend, daß die Vorräte auf 2000 Mk. festgelegt und dementsprechend die Teilrente bemessen wird. Der Reichstag hat sich bereits im Jahre 1915 einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß die Renten der Kriegsbefähigten nach der Höhe des Arbeitsverdienstes zu bemessen seien. Das ist ein sozialer Grundsatz, für den die sozialdemokratische Partei stets eingetreten ist. Da die Regierung eine Revision des Mannschaftsverorgungsgesetzes erst bei Kriegsende vorsehen will, ist zwischen Regierung und Reichstag eine Vereinbarung dahin zustande gekommen, daß bis zur gesetzlichen Neuregelung die nach dem Mannschaftsverorgungsgeetze zu zahlenden Renten freiwillig aus Reichsmitteln nach der Höhe des Arbeitsverdienstes des Kriegsverletzten zu bemessen sind. Die Bewirkung des Antrages der Arbeitsgemeinschaft würde die-

sen Grundsatz vollkommen über den Haufen werfen und nur Gleichmaderet herbeiführen, die in ihren Wirkungen die größte Ungerechtigkeit zur Folge haben müßte.

Weitere Beispiele könnten beigebracht werden. Sie beweisen, daß man der sozialdemokratischen Fraktion nicht zumuten kann, die Politik der Arbeitsgemeinschaft unter allen Umständen mitzumachen.

In der „Leipziger Volkszeitung“ wird schließlich die sozialdemokratische Fraktion wie folgt verächtigt:

„Es war ihr Wille, den Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abzulehnen. Sie wollten, daß die Familien der Beurteilten mit bestraft werden, daß den Beurteilten die politischen Rechte verloren gehen.“

Das ist eine so niedrige Unterstellung, daß jedes Wort der Abwehr überflüssig ist. Wir müßten darauf, wenn wir auf das gleiche Niveau heruntergehen wollten, antworten — um nur ein einziges Beispiel anzuführen —: Der Abg. Dr. Herzfeld von der Arbeitsgemeinschaft hat das Schulkastengeß abgelehnt, weil er die vollkommene Rechtsunsicherheit der in Schulkastengeß genommenen Männer und Frauen unter allen Umständen aufrecht erhalten will.

Berlin, 8. November 1916.

Der Vorstand
der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wiedereinberufung des Reichstages?

Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ erfahren haben will, soll der Reichstag in nächster Zeit wieder zusammentreten. Anlaß dazu sollen nicht äußere, sondern innere Angelegenheiten geben. Man nimmt in den Kreisen, aus denen die Informationen stammen, an, daß es sich um ein Gesetz, durch das alle deutschen Kräfte in gewissem Umfange dem Vaterlande dienstbar gemacht werden, ohne daß durch diese Maßnahme die Wehrpflicht verlängert wird, handelt. Dabei wird die Regierung in der angenehmen Lage sein, auf Tatsachen hinzuweisen, die ihren guten Willen erhärten, den Wünschen des Reichstages gerecht zu werden. Die Erörterung der Kriegsziele beispielsweise wird nach den Informationen des Gewährsmannes bis dahin freigegeben sein mit der Maßgabe, daß nicht Berufsstände und Parteien gegeneinander verhetzt oder neutrale Staaten verletzt werden. Vielleicht dürfte auch schon über das Schicksal des einen oder anderen der vom Reichstag angenommenen Initiativgesetze authentisch befriedigende Auskunft gegeben werden können.

Wir müssen dem „Berl. Lok.-Anz.“ die Verantwortung für die Richtigkeit seiner Meldung überlassen.

Der preussische Landtag und die Polenfrage.

Die Konservativen bestehen darauf, daß an der Polenpolitik Preußens festgehalten werden müsse und sie werden die bevorstehende Tagung des preussischen Landtages dazu benützen, diesen ihren Willen laut und feierlich zu verkünden.

Verlängerung der Amtsdauer der Stadtverordneten-Mandate in Preußen.

Durch eine königliche Verordnung wird den Gemeinden die Befugnis gegeben, durch Gemeindevorstand zu bestimmen, daß die Amtsdauer derjenigen Gemeindevertreter, die Ende 1916 auszu-scheiden hätten, um ein Jahr verlängert wird. Der Genehmigung der Regierung bedarf ein solcher Beschluß nicht. Die Regierung hat den Weg der Verordnung gewählt und nicht den Weg der Gesetzgebung beschritten, weil die Wahlen nach der Städteordnung im November zu erfolgen haben, bis zu diesem Termine aber das Gesetz nicht verabschiedet werden kann. — Die Verordnung sieht weiter vor, daß, wenn später eine Neuwahl stattfindet, die Amtsdauer des neugewählten Stadtverordneten nichts sechs, sondern nur fünf Jahre beträgt.

Unbefriedigt.

Die Berliner bürgerliche Presse ist in ihren Betrachtungen über die Rede des Reichskanzlers im Hauptsaal des Reichstages darüber einig, daß sie nicht nur recht geschickt, sondern auch eindrucksvoll war. In der Tat, Herr v. Bethmann-Hollweg hielt sich zwar streng an sein Manuskript, das die wörtliche Niederschrift seiner Ausführungen enthielt, aber es war doch keine bloße Verlesung des Niederschriebenen. Erhebliche Bedenken gegen den sachlichen Inhalt der Ausführungen des Kanzlers machen nur die „Tägl. Rundschau“ und die „Deutsche Tageszeitung“ geltend, die Organe der ausschweifendsten Anexionisten. Sie sind unbefriedigt davon, daß der Kanzler nicht von ausgedehnten Gebiets-erwerbungen im Westen gesprochen hat. Das war vorauszu-sehen, kommt aber weiter nicht in Betracht.

Theorie und Wirklichkeit.

Vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen wird uns geschrieben:

Die außerordentliche knappe Zuteilung von Fleisch, Butter, Milch und Eiern an die Städte läßt die Frage berechtigt erscheinen, ob denn die Abhängigkeit Deutschlands vom Auslande im Frieden so groß war, daß sie eine solche knappe Rationierung rechtfertige. Eine Betrachtung des Verhältnisses des Zuzusses vom Auslande zum inländischen Verbrauch ist in dieser Hinsicht sehr lehrreich. Es ergibt sich da nämlich, daß der Zuzufuß vom Auslande zum Gesamtverbrauch an landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Milch, Butter, Käse) — Kraftfuttermittel in Milch ungerechnet — rund 66%, der Zuzufuß zum Gesamtverbrauch an Eiern und Eierteile rund 40% betrug. Danach hätte eine viel größere Zuteilung an diesen Nahrungsmitteln an die Städte erfolgen müssen. In Wirklichkeit betrug aber die Einschränkung des Verbrauchs hieran in den Städten ca. 99% gegenüber dem Friedensverbrauch. Was blieben die restlichen 30 bzw. 50%? Der Hauptteil ist sicherlich bei den Produzenten, auf dem flachen Lande, stecken geblieben; und die vielfachen Gerüchte, daß die Landbewohner auch jetzt im Kriege nicht viel anders als im Frieden lebten, werden damit nur bestätigt. Ein Teil mag allerdings auf illegitimen Wegen in den Handel gekommen sein und dort zu exorbitanten Preisen denen zur Verfügung stehen, die infolge ihrer großen Kriegsgewinne solche Preise zahlen wollen und können. Jedenfalls würde eine gerechtere Verteilung der tatsächlich vorhandenen Nahrungsmittel zwischen Stadt und Land eine weit größere Zufuhr an Milch, Butter, Käse, Eier, aber auch an Fleisch und Fetten an die Städte und damit die Erhöhung der Nation des Städters an diesen wichtigen Nahrungsmitteln ermöglichen.

Dr. Heim gegen die sich an Blutgeld bereichernden Bauern.

Der bayerische Bauernführer Dr. Heim richtete einen flammenden Aufruf an die gesamte Bauernschaft Bayerns. Anlaß zu dem Aufruf gab dem bayrischen Bauernführer die große Kriegstagung der bayerischen Bauern in Regensburg. Dr. Heim rief, nach einer Mitteilung der „Tägl. Rundschau“, den Bauern ins Gewissen, daß es ungerecht und um jede Stunde, die er sich für den Bauernstand abgemüht habe, schade wäre, wenn es die Bauern dazu brächten, in ihrer Mehrzahl aus dieser Zeit der Not Kapital zu schlagen und sich an Blutgeld zu bereichern. Wer es aber tut, macht sich einer himmelschreienden Sünde schuldig, so rief Dr. Heim seinen Bauern zu.

Dr. Heim kennt seine Bauern, und er kennt auch deren privatenökonomischen Sinn. Wie stark dieser ausgeprägt ist, geht auch aus folgendem Klageruf hervor, den wir der neuesten Nummer der „Wörtl. Arb.-Ztg.“, des Verbandorgans der katholischen Arbeiter- und Knappensvereine Westdeutschlands, entnehmen. Es heißt da:

„Mehr Gemeinsinn aufs Land! Ein Zufall führte mich aufs Land in eine Versammlung von Landwirten, Gemeindefunktionären und dergl. Vom rationalen Gemüsebau und andern war die Rede. Was mir auffiel, war der vollständige Mangel an Beziehung zu den Kriegsnotverhältnissen der städtischen Bevölkerung in den gepflügten Beratungen. Die Frage der Erzeugung von Lebensmitteln erschien einzig und allein in der Betrachtung des zu erlangenden Gewinnes, die Ermütigung der Landwirte zum Anbau von diesem und jenem erfolgte immer nur unter Hinweis auf

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

20. Fortsetzung.

Er schlopfte Atem und preschte die Hand auf das pochende Herz, dann schloß er nochmals ordnend nach der Art und stieg die Treppe leise empor, von Zeit zu Zeit lauschend stillestehend. Auch die Treppe war in diesem Augenblick vollständig leer, alle Türen waren verschlossen und man begegnete keinem Menschen. In dem zweiten Stockwerk stand ein Quartier leer, weit offen, Arbeiter arbeiteten darin, aber diese sahen ihn nicht; Raskolnikow stand wie nachdenkend, dann stieg er höher. „Gewiß, es wäre besser, wenn sie nicht hier arbeiteten, aber — es sind ja noch zwei Stockwerke darüber.“

Jetzt befand er sich in dem vierten Stockwerk vor der Tür, hinter war auch die gegenüberliegende Wohnung; sie stand leer. Drei Treppen hoch zeigte sich das Quartier unter der Alten, allem Anschein nach ebenfalls nicht bewohnt. Die Wirtin, welche mit Zwecken dort an der Tür besetzt war, befand sich nicht mehr an dieser — man mochte fortgehen sein. Er schlopfte wieder Atem; einen Augenblick slog ihm die Frage durch den Kopf, ob er nicht lieber umkehren sollte, doch gab er sich hierauf keine Antwort, sondern hastete nach der Küche der Alten. Totenstille herrschte hier. Jetzt lauschte er zur Treppe hinauf, er horchte lange und angestrengt, hierauf hielt er ein letztesmal Umschau, raffte seinen Mut zusammen und richtete sich empor, nochmals die Art in der Söhne prüfend.

„Sehe ich nicht bleich aus? Sehr?“ dachte er, „bin ich nicht in außergewöhnlicher Aufregung?“

„Sie ist mißtrauisch; ich werde lieber noch warten, bis das Herz ruhiger ist.“

Aber sein Herz wurde nicht ruhiger, im Gegenteil, wie mit Abstieg schlug es immer stärker und stärker. Dies konnte er nicht ertragen, langsam hob er den Arm zum Kinngeß und schellte; nach einer halben Minute wiederholte er dies, aber heftiger.

Keine Antwort erfolgte; weiter zu klingen hätte keinen Zweck gehabt. Die Alte war natürlich daheim, aber sie war argwöhnisch und allein. Er kannte zum Teil schon ihre Gesplogheiten und legte nun das Ohr dicht an die Tür. Waren keine Sinne nun so sein oder — was im allgemeinen schwer zu bestimmen ist — verhielt es sich in der Tat so, es war deutlich ein plötzliches, vorstichtiges Geräusch einer Hand an dem Türschloß, das Rascheln eines Kleides dicht an der Tür nennensbar.

Raskolnikow machte eine absichtliche Bewegung und murmelte etwas laut vor sich hin, um sich nicht den Anschein zu geben, als wolle er verborgen bleiben. Hierauf schellte er zum drittenmal, aber leiser und zurückhaltender ohne jede Ungeduld.

Wenn er sich später erinnerte, so prägte sich diese Minute klar und bestimmt für immer in ihm aus; er vermochte dann nicht zu begreifen, woher er solch Verwegenheit genommen, umso mehr, als sich ihm doch die Sinne in manchen Augenblicken zu verdunkeln drohten und er seinen Körper eigentlich gar nicht mehr an sich wahrnahm. Einen Moment später hörte er, wie man den Riegel zurückschob.

7.

Die Tür öffnete sich, wie schon bei seinem früheren Besuche, nur bis auf einen schmalen Spalt, wiederum richteten sich zwei scharfe, mißtrauische Augen aus der Finsternis auf ihn. In diesem Augenblick verzog sich Raskolnikow und ließ sich einen wichtigen Fehler zuschulden kommen.

In der Befürchtung, die Alte möchte davor zurückschrecken, daß sie beide ganz allein waren und da er nicht annehmen konnte, daß sein Anblick sie beruhigen würde, ergriff er die Tür und zog sie an sich, damit die Alte nicht auf die Idee kommen möchte, sie wieder zu schließen. Als diese das bemerkte, zog sie die Tür zwar nicht wieder zu, ließ aber auch die Türklinke nicht fahren, sodaß er sie beinahe mit der Tür zusammen auf die Treppe herausgezogen hätte. Nachdem er sie mitten in der Tür stehen und ihm so den Zugang verdeckt sah, trat er gerade auf sie zu; erschreckt wich jene zurück, wollte etwas sagen, brachte aber kein Wort heraus und blickte ihn nur starr und groß an.

„Guten Tag Aljona Iwanowna,“ begann Raskolnikow so unbestimmt wie möglich, aber er hörte den Ton seiner eigenen Stimme nicht, flatterte und fing an zu gittern, „ich — bringe Euch — etwas; aber kommt doch lieber hierher ans Licht“ — und sie berietete drängend, ging er, ohne eine Einladung abzuwarten, geradewegs in die Stube hinein. Die Alte lief hinter ihm her, jetzt war ihr die Zunge gelöst.

„Gerechter Gott — was ist's mit Euch; wer seid Ihr und was wollt Ihr denn?“

„Jetzt, Aljona Iwanowna, ich bin ein Bekannter von Euch, Raskolnikow und bringe Euch das Pfand, welches ich neulich schon verpfand.“ Er hielt ihr sein Pfand entgegen. Die Alte blinnte daselbe an, doch richtete sie sogleich wieder das Auge auf den umgebenen Besucher; sie blickte forschend, börsartig und mißtrauisch. Es verging eine Minute und es schien ihm bereits, als leuchtete in ihren Augen etwas wie Spott auf, gleich als habe sie alles durchschaut. Er empfand, daß ihn die Fassung verließ, es ihm fürchtbar zumute wurde, so fürchtbar, daß, wenn sie ihn so

ansah, ohne ein Wort zu sprechen, noch eine halbe Minute, verharrt hätte, er vor ihr die Kluft ergreifen mußte.

„Weshalb blickt Ihr mich so an, als ob Ihr mich nicht kennt?“ jagte er endlich mit Unwillen. „Wollt Ihr nehmen oder nicht — sonst werde ich zu anderen gehen, mit fehlt es nicht daran.“

Er beachtete nicht dies zu sagen, aber plötzlich war ihm der Satz entglüpf.

Die Alte bebann sich und der entschiedene Ton des Besuchers ermutigte sie augenscheinlich.

„Aber weshalb kommst du so hurtig, Herr; was ist das?“ fragte sie, auf das Pfand blickend.

„Eine silberne Zigarettenpackung, ich sagte es ja schon beim vorigen Besuch.“

Sie streckte die Hand aus.

„Wie bleich Ihr ausseht; und die Hände haben Euch.“

„Ich habe das Fieber,“ antwortete er rau, „da wird man ohne es zu wollen bleich, wenn man nichts ist,“ fügte er hinzu, kaum die Worte hervorbringend. Seine Kräfte verließen ihn, aber diese Antwort sahnen der Wahrheit zu entsprechen und die Alte ergriff das Pfand.

„Was ist das?“ fragte sie nochmals Raskolnikow durchdringend musternd und sein Pfand in der Hand wägend.

„Eine Zigarettenpackung von Silber, leicht nur nach!“

„Ja, aber wenn sie gar nicht von Silber wäre; du hast sie ja eingewickelt.“

Sie bemühte sich die Schnur zu lockern und drehte sich dabei nach dem Fenster an das Licht — alle Fenster waren bei ihr geschlossen trotz der Schwüle — einige Sekunden hatte sie ihn ganz sich selbst überlassen und stand da, ihm den Rücken zuwendend. Er knöpfte seinen Rock auf, befreite die Art aus der Schlinge, nahm sie aber noch nicht ganz heraus, sondern hielt sie mit der Rechten noch unter dem Rock. Seine Hände waren entsetzlich schwach, es schien ihm, als ob sie mit jedem Moment mehr abstarben und verdorrten. Er fürchtete, die Art loszulassen und zu verlieren — plötzlich ging ihm das Hirn im Kreise herum.

„Wozu hat er es nur eingewickelt?“ rief jetzt die Alte verdrießlich und wandte sich zur Seite nach ihm.

Es war kein Augenblick mehr zu verlieren; er zog die Art jetzt ganz hervor, schwang sie mit beiden Händen, sich selbst kaum mehr empfindend, und fast ohne Anstrengung wie eine Maschine, und ließ sie im Schwunge herniederfallen. Es war ihm, als fühle er gar keine Kraft mehr in sich, aber sobald als die Art herniedergefallen war, da überkam ihn früher Mut.

(Fortsetzung folgt.)

die unter den obwaltenden Verhältnissen sicher zu erwartende hohe und noch höhere Rentabilität. Da frag ich mich ernstlich: Müßten denn wirklich unsere Landwirte von dieser Seite angepackt werden? Kennen sie keine andern Erwägungen und Rücksichten? Keine Pflichten des Gemeinns? Fast scheint es so, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen. Wie können wir aber dann zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen? Ich meine, wenn die Landwirte in ihrer Mehrzahl ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des größtmöglichen Gewinnes produzieren? Die Folge muß ja notwendigerweise sein: Fortwährende Unjaherheit, Zufall in der Lebensmittelherzeugung ohne jedwede Rücksicht auf vorliegenden Bedarf...

Ohne Zweifel ist es sehr schwierig, der Landwirtschaft, die so wenig Gemeininn befundet, beizukommen; doch dieser Umstand ist gerade, der ihr den Ramm säuwelken läßt. Wenn die Regierung hier nicht Mittel und Wege findet, den unhaltbaren Zuständen rücksichtslos ein Ende zu bereiten, die große Masse des Volkes gegenüber einer kleinen aber übermächtig sich gebärdenden und unerlässlichen Gruppe von Agrariern in Schutz zu nehmen, wird sie den größten Unwillen des Volkes herausfordern. Die Epistel Dr. Helms an die Agrarier besagt genug!

Die Reichstagswahl in Köln-Stadt.

Aus Köln wird uns geschrieben: Als Wahltermin für die Reichstagswahl in Köln-Stadt, die durch den Tod des Gen. Hofrichter erforderlich geworden ist, wurde vom Kölner Regierungspräsidenten der 5. Januar 1917 bestimmt. Es ist noch keineswegs sicher, daß sich die Erstwahl unter dem Zeichen des Burgfriedens vollziehen wird; das Zentrum scheint Lust zu verspüren, den Kreis, den es 1912 in der Stichwahl mit 22 414 gegen 26 635 sozialistische Stimmen zum ersten Male verlor, der Sozialdemokratie wieder abzunehmen oder wenigstens einen solchen Versuch zu machen, da es den Verlust von Köln schmerzlicher empfindet als irgend einen anderen. Dieser Tage berichtete die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“, daß das Zentrum in entsprechende „Erwägungen“ eingetreten sei; man müsse einstweilen dieses Vorhaben begründen, zumal die Sozialdemokratie in Ostsch-Grimma den Burgfrieden gebrochen und einen kriegscreditorweigernden Genossen aufgestellt habe. Diese könne die gleiche Rücksicht nun auch nicht von den bürgerlichen Parteien verlangen, und in Köln böte sich Gelegenheit, „vor dem Auslande durch eine sozialdemokratische Niederlage den energischen Siegeswillen der deutschen Wählermassen zu bekunden“. Die Entscheidung läge in nationalliberalen Händen, und wie die letztere Partei dies mal immen würde, könne nicht zweifelhaft sein. — Auf diese Anpassung antwortet die „Köln. Zeitung“, daß sie die freudige Stimmung über die angebliche Abtötung der Kölner Zentrumspartei nicht teilen könne; dann aber sei der sozialdemokratische Kandidat in Ostsch-Grimma ein Anhänger der Arbeitgemeinschaft: „Ganz anders liegen die Verhältnisse in Köln, wo sich das Zentrum, das bisher stets den Burgfrieden beobachtet hat, einer Sozialdemokratie gegenüber befindet, die im Kriege die völkische Gemeinschaft nicht verleugnet hat.“ Es werde davon abhängen, welchen Kandidaten die Sozialdemokratie als Nachfolger Hofrichters benennen werde; jedenfalls sei dringend zu wünschen, daß uns in Köln im dritten Jahre ein Reichstagswahlkampf mit seinen die innere Eintracht störenden Erscheinungen erspart bleibe.

Zunächst liegt eine offizielle Entschliebung des Zentrums, sich zu beteiligen, noch nicht vor. Die Begründung dürfte ihm schwer fallen: denn die Sozialdemokratie war, von allein anderen abgesehen, im Gegensatz zu Ostsch-Grimma in Köln schon bei der Hauptwahl mit 1500 Stimmen in der Mehrheit. Dann aber ist nach den bisherigen Rundgebungen der Kölner Genossen als sicher anzunehmen, daß sie einen Anhänger der Parteimehrheit zum Kandidaten bestimmen werden, so daß das Zentrum hier keinen Vorwand hätte. Sollte es sich aber trotzdem für den Bruch des Burgfriedens entscheiden, so ist die Kölner Sozialdemokratie auch für diesen Fall gerüstet, um die Zentrumshoffnungen zunichte zu machen. Mehr als zwei Jahre Krieg haben eine sehr umfassende politische Erziehungsarbeit geleistet, die unsere Wahlarbeit von vornherein begünstigen dürfte. — mag das Zentrum freilich auch seine Hoffnungen darauf setzen, daß die sozialdemokratischen Wähler meist jüngerer Jahrgängen angehören, die überwiegend im Felde seien.

Schweiz.

Kartoffelnot. Die Lebensmittelversorgung der Schweiz verzögert in verschiedener Beziehung große Schwierigkeiten. Die Ernterzeugung hat bis jetzt geblieben; ebenso ist ein Fleischmangel noch nicht eingetreten. Dagegen wird der Kartoffelmangel für die Schweiz zur eigenartigen Landesplage. Der Kartoffelbau ist in den letzten zehn Jahren in der Schweiz stark zurückgegangen. Es ist das die natürliche Folge des einseitigen Wirtschaftsbetriebes, auf den sich die schweizerische Landwirtschaft geworfen hat; das Ackerland hat beständig abgenommen, man hat Wiesen angelegt, um den von Jahr zu Jahr größer werdenden Viehstand auf der Höhe halten zu können. So war denn die Schweiz selbst bei guter Ernte fast auf die Kartoffelimporte aus dem Ausland angewiesen, und es kamen dabei vor allem Deutschland, Holland und Italien als Bezugsländer in Frage. Nach dem Kriegsausbruch hat man dann allerdings dem Kartoffelbau mehr Aufmerksamkeit zugewandt; während vor dem Kriege 55 000 Hektar Kartoffeln gepflanzt wurden, betrug die Kartoffelbaufläche im Frühjahr 1916 auf 73 000 Hektar geschätzt werden. Bei einer normalen guten Ernte hätte man auf einen Ertrag von nahezu 12 Millionen Doppelzentnern rechnen können, und das wäre für weit mehr als den Bedarf ausgereicht. Aber die Ernte war ungenügend; nicht nur die schweizerische Bauernvereinsverwaltung betrug, daß für den Verkauf im Lande nur 60 000 Doppelzentner Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Schweiz hatte aber im Jahre 1916 schon 829 000 Hektar Kartoffeln, es müßte also nicht einmal hundert Kilogramm auf die Haushaltung. Die Zufuhren aus Holland, die im Jahre 1915 beträchtlich gewesen waren, sind diesen Herbst ausgefallen. Man hofft nun noch auf Zufuhren aus Deutschland gegen Kompensation. Der Bundesrat hat beschlossen, eine Erhöhung des bisherigen Höchstpreises (21 Fr.) nicht vorzunehmen. Die amtliche Kommission, die für die Kartoffelversorgung des Landes eingesetzt worden ist, stellt in einer offiziellen Mitteilung fest, daß die Kartoffelversorgung des Landes sich immer noch im Felde befindet, indem die inländische Ernte noch nicht ganz beendigt und ihr Produkt noch nicht vollständig auf den Markt gebracht worden sei. Hierbei ist jedoch zu betonen, daß die Erntezeit für die Kartoffeln in der Schweiz mit Rücksicht auf diese Verhältnisse war die Komposition einwirkend der Umstände, daß gegen von einer Beanspruchung von Kartoffeln Abstand zu nehmen sei, obwohl die landwirtschaftlichen Verhältnisse günstig seien, daß sie einer solchen keine Opposition machen würden. Die Kommission hat ebenfalls festgestellt, daß für die Versorgung des Landes mit Kartoffeln alles Mögliche getan werden ist. Die Ernte von Kartoffeln durch die

Zentralstelle wird ausschließlich an öffentliche Gemeinwesen und gemeinnützige Unternehmungen erfolgen.

Amerika.

Die Präsidentenwahl. Wie nun auch Wolff meldet, ist Wilson wiedergewählt worden, trotzdem ihm nicht, wie vor 4 Jahren, der Glücksfall der Spaltung der Republikaner zugute kam, trotzdem auch die unglückliche mexikanische Politik gegen ihn sprach. Vermutlich hat aber die Stimmabgabe der Arbeiter Wilsons Sieg erleichtert. Wilson hat seine ganze Energie darauf verwandt, den Hunderttausenden von Arbeitern der amerikanischen Eisenbahnen den Achtstundentag zu sichern, während Hughes bei aller Ehrenhaftigkeit, die niemand in Zweifel zieht, den Arbeitern als Vertreter des Kapitalismus verdächtig war. — Für Deutschland kann es ziemlich gleichgültig sein, ob Wilson oder Hughes als Sieger aus der Wahlurne hervorgeht — es sei denn, daß Wilson nurmehr, nachdem er aller Wahlfesseln frei ist, versucht, durch Friedensvermittlungen dem blutigen Morde ein Ende zu bereiten.

Nach einer heute früh vorliegenden Meldung sind für Wilson 8 563 750, für Hughes 8 162 754 Stimmen abgegeben worden.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Feindliche Flieger im Saargebiet.

Feindliche Flugzeuge griffen am 10. November zwischen 11 und 1 Uhr mittags Ortschaften und Industrieanlagen im Saargebiet an. Die Ortschaften Wölklingen, Mehrden und Forbach wurden mit Bomben belegt. Drei Einwohner wurden getötet, zwei leicht und zwei schwer verletzt. Militärischer Sachschaden ist nicht entstanden. Der übrigen Sachschaden ist gering. (W.B.)

Eine gemeinsame Note

hat die Entente an die Schweiz gerichtet. Sie stellt sich als ein Versuch heraus, Repressalien zu schaffen gegen die deutsche Eisen- und Kohlenexporte für Munitionsfabriken, die der Entente Kriegsmaterial liefern. Die Note betont, die Alliierten hätten die Ausfuhr von Waren nach den Zentralstaaten zugelassen, auch wenn kleinere Metallbestände aus den Ententeländern in denselben enthalten waren. Die Note gibt ihrem Erstausdruck über die Nichterhaltung der bedingungslosen Kohlenversorgung der Schweiz durch Deutschland, während Frankreich die Getreideversorgung der Schweiz als Ehrenpflicht betrachte. Die Note habe zum Zweck, Grundrätze anzustellen, welche für beide kriegführenden Gruppen in gleicher Weise verbindlich sein müssen. Sollte Deutschland auf seine neuesten Ausnahmemaßnahmen verzichten, dann würden die Note und die in ihr in Aussicht genommenen Repressalien hinfällig werden. Vorläufig wird keine Antwort erteilt werden, da die Angelegenheit zunächst einer Kommission von Fachmännern überlassen ist.

Die „Berliner Tagwacht“ sagt zu der neuen Ententenote unter anderem: Wäre die Sache nicht so bitter ernst, würde man versucht sein, von einem Faustnachtspiel zu reden. Alle Begriffe sind ihres Inhalts entleert, und man wird sich auch über den neuesten Versuch der Entente nicht wundern, die jetzt die Rechtfertigung ihrer geradezu lächerlichen Forderung in eine ebenso gelante Form zu gießen sucht, wie sie feinerzeit die Schweizer Unterhändler nach Hause schickte und hinterher noch Dank dafür beanspruchte.

Ein neues Gegenstück zum Fall Cavell.

Der schweizerische Pressefotograph meldet aus Laon: Das belgische Kriegsgericht verwarf die Revision der wegen Spionage zum Tode verurteilten 28jährigen Marie Liebendall aus Düsseldorf. Wir warten nun ab, ob die Enttäuschung der neutralen Welt, die sich bei der Ermordung der Frau Cavell so laut äußerte. Aber wir werden wieder umsonst warten, denn Marie Liebendall ist eine Deutsche und keine Engländerin.

England und die Neutralen.

Der englische Konsul in Aarhus (Dänemark) teilte dem städtischen Beleuchtungsamt mit, die künstliche Kohlen- und Kokslieferung aus England wäre unwahrscheinlich, wenn nicht die Kommune erwürde, das öffentliche Schlichtungsamt an nach Deutschland exportierende Konventionen abzugeben an nach dem. Infolgedessen wurde den betreffenden Fabrikanten gekündigt, womit sich der Konsul zufrieden erklärte.

„Nationalstandard“ meldet aus Christiana: Zwischen England und Norwegen ist ein Übereinkommen abgeschlossen worden, durch das die Zufuhren von Getreide, Mehl, Kolonial- und Fermentwaren nach Norwegen gesichert sind. Weiter erzählt, daß zwischen der britischen Regierung und dem Landwirtschaftlichen Inspektionsbureau der Niederlande, als dessen Vorsitzender Dr. Lindhorst Doman zeichnet, ein Handelsvertrag abgeschlossen wurde. Das Abkommen, das nur wenigen Tagen in London unterzeichnet wurde, sichert Großbritannien ein regelmäßige beträchtlich erhöhte Zufuhren niederländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Es sei zu hoffen, daß der niederländisch-großbritanische Handel als Folge des Abkommens zum mindesten auf die frühere Höhe gebracht werde.

Aus der Partei.

Des Schicksal des Trojts. Die „Ananti“ meldet, wird Genosse Leo Trojts, dem bekanntlich von der französischen Regierung angeboten wurde, Frankreich binnen 14 Tagen zu verlassen, von der Schweiz nicht hereingelassen. Ebenso hat Spanien seine Aufnahme abgelehnt. Der Herausgeber des verbotenen „Rajche Slawa“ befindet sich damit in einer sehr unangenehmen Lage: aus Frankreich ist er ausgeschlossen, kann aber nirgends anders wohnen. „Ananti“ meint, Leo Trojts müsse sein Leben im Exil verbringen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Verhandlungen in der Holzindustrie. Die Vereinbarung in der Holzindustrie, die im Reichsrat des Innern, wie wir bereits mitteilen, zustande gekommen ist, besagt, daß alle männlichen Arbeiter eine Lohnerhöhung von 15 bis 20 Pfennig für die Stunde erhalten, und zwar 15 Pfennig am 15. November 1916 und den Rest am 15. Februar 1917. Die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren erhalten eine Zulage von 10 Pfennig für die Stunde vom 15. November 1916 an in voller Höhe. Um diese Beträge der Lohnerhöhungen zu erhalten, hat sich die Holzindustrie bereit, die vor dem Kriege vereinbarten Vertragslöhne für Arbeiter und Arbeiterinnen. An Stelle der bisher größten teils außerordentlich niedrigen Vertragslöhne, die bis zu 34 Pfennig bei Arbeitern und bis unter 15 Pfennig bei Arbeiterinnen betragen, treten jetzt sechs Lohnklassen, nach denen die Vertragslöhne der Arbeiter in der weiteren Lohnklasse auf 15 Pfennig festgelegt werden. Folgend am je 5 Pfennig auf 20, 25, 30, 35 und 40 Pfennig für die Stunde. In diesen Grundlöhnen kommen die gewöhnlichen Lohnerhöhungen in Höhe von je 5 Pfennig auf die drei oberen Klassen und 10, 15 und 20 Pfennig auf die vier unteren Klassen. Demnach erhalten sich die Vertragslöhne in der nächsten Klasse

auf 65 Pfennig, steigend bis 85 Pfennig in der oberen Klasse. — Das sind die wichtigsten Bestimmungen der Vereinbarung. Weiter kommen morgen ausführlich darauf zurück.

Aus dem Gerichtssaal.

7500 Zentner verdorbener Käse. Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird aus Danzig gemeldet: Wegen des Verkaufes von 7500 Zentnern durch schlechte Lagerung völlig verdorbenem Käse wurde vom hiesigen Schöffengericht der Käsefabrikant Buechrich (Ebing) zu 1500 Mark und der Kaufmann Wittig (Langfuhr) zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. — Eine sehr milde Strafe!

245 000 Mark Geldstrafe. Unter der Anklage, beschlagnahmte Webstoffe, Baumwolle, Flachs usw. entgegen der Verordnung verarbeitet zu haben, hatte sich der Spinnereibesitzer Ernst Götter aus Krimmichau vor dem Zwickauer Landgericht zu verantworten. Außerdem hatte er seine Erzeugnisse ohne Bezugschein verkauft und auch den Höchstpreis überschritten. Das Urteil gegen ihn lautete auf 245 085 Mark Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Ueber das furchtbare Eisenbahnunglück bei Rahnsdorf liegen noch folgende Einzelheiten vor: Die Frauen, die dort bei Bahnarbeiten beschäftigt waren, waren auf das Nebengleis getreten und hatten einen Umlaufzug zugewinkt. In diesem Augenblick brauste aus der entgegengesetzten Richtung mit großer Schnelligkeit der Balkanzug heran und fuhr in die auf dem Gleis stehenden Frauen hinein. Infolge des starken Nebels und der großen Rauchwolken, die der Maschine des Militär-umlaufzuges entströmten, sowie infolge des Lärms, den dieser verursachte, hatten die Frauen das Nahen des Balkanzuges nicht bemerkt. Alle 22 Frauen wurden zu Boden gerissen und überfahren, 19 waren sofort tot, 3 wurden verletzt. Weder der Führer und das sonstige Personal, noch die Fahrgäste des Balkanzuges hatten etwas von dem Unglück bemerkt und mit unverminderter Schnelligkeit setzte dieser seine Fahrt fort.

Rumpenpaß. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete in Danzig zehn Danziger Kaufleute wegen verbotenen Handels mit Griese und Graupen, die mit 26 Mark pro Zentner eingekauft waren, und im Kettenhandel bis 120 Mark getrieben wurden. — In Köln wurde eine große Anzahl Personen wegen hoher Preisüberschreitungen verhaftet. Einzelnen von ihnen wird zur Last gelegt, Mehl, das sie im Einkauf mit 90 Mark pro Zentner bezahlten, zu 165 Mark weiterverkauft zu haben. Andere Personen hatten Futtermittelartikeln zu 2,50 Mark gekauft und zu 6 Mark pro Zentner wieder abgesetzt. In einem Worum hatte verbotswidrige Schweinefleischerei in großem Maßstabe stattgefunden. Sechzehn Schweine konnten noch beschlagnahmt werden. Das Fleisch sollte als eingekaufte muggelte Auslandsware zu hohen Preisen veräußert werden. Die an der Fleischschlächterei und dem Weiterverkauf des Fleisches beteiligten Personen wurden sämtlich in Haft genommen.

Selbstmord im Gefängnis. Aus Berlin wird berichtet: Die Arbeiterfrau Wiemann, geb. Meel, die kürzlich wegen Ermordung ihrer siebenjährigen vorerledigten Tochter Emma Meel von dem Schwurgericht des Landgerichts 2 zum Tode verurteilt wurde, bereitete nachts ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende. Sie wurde morgens in ihrer Zelle im Moabitier Untersuchungsgefängnis erhängt aufgefunden. Wie ermittelbar, hatte sie am 28. März d. J. ihre kleine Tochter in den Rauhen Bergen bei Steglitz mit einem Holzspanthammer erschlagen und dann die Leiche verscharrt.

Der falsche Fliegeroberleutnant. Einen guten Fang machte die Schöneberger Kriminal-Militärpatrouille mit der Festnahme des 23jährigen Detachierten Ludwig Ortelt aus Dresden. Durch dessen Festnahme dürfte eine Reihe Diebstahlsfälle, die in D-Zügen, in großen Gasthöfen in Berlin und in den Städten Süddeutschlands verübt wurden, aufgeklärt sein. Ortelt, der als „Fliegeroberleutnant“ sehr vornehm auftrat und auch das Eisenerne 1. und 2. Klasse trug, wohnte in Berlin in den ersten Gasthöfen und Pensionaten unter dem Namen v. Römer, zuweilen auch v. Schnebel usw. In einem Gasthof in der Friedrichstraße stahl er einer Dame einen Pelz im Werte von 13 000 Mark. Da er es in der Hauptstadt auf Pelze abgesehen hatte, verhaftete er sich Garderobenmarken, packte vor den Gasthöfen auf, verfolgte die Damen heimlich bis in die Garderobe und beobachtete die Abgabe ihrer Pelzfächer. Nach geraumer Zeit ließ er sich dann den Pelz auf eine gefälschte Garderobenmarke hin aushändigen; so fielen ihm eine ganze Menge wertvoller Pelze in die Hände. Mittwoch gelang seine Festnahme nach einer aufregenden Jagd in der Kaiserallee in Wilmersdorf.

Schreckensstat eines Geisteskranken in einem märkischen Dorf. Bei dem Malermeister Haase in Dühringshof (Mark) wohnte seit einiger Zeit sein 76jähriger Vater, der sich noch viel in der Wirtschaft betätigte und der auch geistig rüstig schien. In der Nacht wurde Frau Haase durch das Schreien eines ihrer Kinder aus dem Schlafe geweckt und begab sich nach deren Schlafgemach. Hier lag sie ein fürchterliches Anblick dar. Das jüngste der Kinder lag in einer großen Blutlache bestimmungslos in seinem Bettchen und wies mehrere Stichwunden am Hals auf. Der Großvater war verschwindend. Wah fand ihn auf dem Hofe an einem Teppichstange mit einem Strick um den Hals auf. Als er wieder zur Besinnung gekommen, gab er ohne weiteres zu, daß er seinen Enkel habe ermorden wollen, wußte jedoch keine Gründe für diese Tat anzugeben. Ein hingenommener Arzt stellte zweifelsfrei fest, daß der Greis irrsinnig geworden war und die Tat in einem plötzlichen Anfall geistiger Erkrankung verübt hatte. Das schwer verletzte Kind wurde nach dem Krankenhause gebracht und befindet sich dort bereits auf dem Wege der Besserung.

Eine unglücklich Tat. In Dessau hat der Kaufmann Kurt Arnold seine Frau, die Tochter des Reichstagsabgeordneten Neus aus erster Ehe, und dann sich selbst erschossen. Arnold war zum Militär eingezogen und befand sich seit einiger Zeit in Lazarettbehandlung.

Explosionsunglück. Aus Mailand wird berichtet: In einer Fabrik in Bovisja ereignete sich eine Explosion, wobei sieben Menschen getötet wurden.

Uberschwemmungen in Italien. Mailänder Blätter melden: In Toscana seien große Überschwemmungen vorgekommen. In der Campagna sei ungeheurer Schaden angerichtet worden. Militär wurde angeboten. Weitere Einzelheiten fehlen noch. Auch aus der Po-Ebene wird das Anwachsen des Flusses gemeldet.

Sturm im Mittelmeer. „Petit Journal“ meldet: Der Sturm war gestern (10. November) im Mittelmeer so stark, daß im Hafen von Marseille die beiden großen japanischen Dampfer „Harima Maru“ und „Shizjan Maru“ zusammengeklüffelt wurden. Beide erlitten schwere Havarien.

Die Ketter der Zivilisation. Aus Bordeaux wird dem „Petit Parisien“ berichtet: Am Abend des Allerheiligentags sprach im Quartier der schwarzen Arbeiter der Fabrik von Floirac einer der Leute den Gedanken eines Opfers zu Ehren der Toten aus. Sofort hat sich ein Senegalneger namens Lord, zwanzig Jahre alt, als Opfer an und ohne zu zögern auf und brachte ihn nach dem Hospital Saint-Andre. Sein Zustand wird als verzweifelt betrachtet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gantlich in Lübeck.